

Beschlussvorlage		Vorlage-Nr: 2020/MC/048
Federführend: Amt für Bau und Liegenschaften		Status: öffentlich Datum: 13.08.2020 Verfasser: Herr R. Jennerjahn FBL: Herr J. Banek
Beschluss über die Billigung und Öffentlichkeitsbeteiligung des Entwurfes der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin		
Behandlung	Termin	Beratungsfolge
Öffentlich	09.09.2020	Stadtvertretung der Stadt Malchin

Beschlussvorschlag:

Der vorliegende Entwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin (Stand 14.08.2020) einschließlich der Begründung mit Umweltbericht werden gebilligt. Es wird beschlossen den Entwurf öffentlich auszulegen sowie die Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu beteiligen.

Der Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung ist gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Außerdem sind gemäß § 4 a Abs. 4 BauGB der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 auszulegenden Unterlagen zusätzlich in das Internet (www.malchin.de) einzustellen.

Sach- und Rechtslage:

Die Stadtvertretung Malchin hat in ihrer Sitzung am 29.01.2018 den Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin für den Bereich des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 1 „Mühlenfeld“ gefasst und das damit verbundene Bauleitplanverfahren eingeleitet.

Eine Änderung des seit 03.12.2017 rechtskräftigen Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin ist notwendig, da der B-Plan Nr. 1 der Stadt Malchin nicht vollständig den Darstellungen des rechtskräftigen Flächennutzungsplanes entspricht. Um dem Entwicklungsgebot nach § 8 BauGB nachzukommen, erfolgt die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1 „Mühlenfeld“.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgte als öffentliche Auslegung in der Zeit vom 04.05.2020 bis zum 05.06.2020. Parallel hierzu erfolgte die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und die Hinweise gemäß anliegender Abwägungstabelle bei der Erarbeitung des Entwurfes berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Stadt Malchin entstehen keine Kosten. Die Finanzierung und Durchführung des Bauleitplanverfahrens obliegt gemäß städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Malchin und der Firma MES Solar XXX GmbH & Co KG Parchim vom 21.06.2017 dem Vorhabenträger.

Anlagen:

Entwurf Planzeichnung
Entwurf Begründung mit Umweltbericht
Abwägungsprotokoll



GE

GE

GEe

GEe

GE

GE

GE

GI

GI

RT

GD

R

Mühlenfeld

AZ
AZ2YF(L) 10x2x

500 x 29.7 PE100
A-DQ(ZN)2Y4Y 2x6 G10/125+1x4
G10/125 1.0 F800 LG in 50x4.6 PE-HD
A2YF (L) 2Y

A-DQ(ZN)2Y4Y 2x6 G10/125+1x4 G10/
1.0 F800 LG in 50x4.6 PE-HD
A2YF (L) 2Y
500 x 29.7 PE100

13.4PE100

10.1

8.9

1.87 OD.V

Leuschener Drain



Stadt Malchin



1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Malchin (Ortslage Malchin)

Entwurf der Begründung

Auftragnehmer:

Stefan Pulkenat

Landschaftsarchitekt Dipl.-Ing./ BDLA

Fritz-Reuter-Straße 32, 17139 Gielow

Tel.: 039957/ 251-0, Fax: 039957/ 251-25

info@la-pulkenat.de

Bearbeitung: Tammo Strobl

Stand: 14.08.2020

Inhaltsverzeichnis

BEGRÜNDUNG

1	PLANUNGSANLASS, -ZIELE UND GELTUNGSBEREICH.....	3
2	INHALTE DER 1. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS.....	3
3	HINTERGRUND: GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DES B-PLANS NR. 1	5
4	RECHTLICHE GRUNDLAGEN	5
5	ZIELE DER RAUMORDNUNG UND LANDESPLANUNG.....	5
6	SCHUTZGEBIETE UND -OBJEKTE	12
6.1	Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht	12
6.2	Baudenkmale, Bodendenkmale	14
7	ARTENSCHUTZ.....	14
8	EINGRIFFSREGELUNG GEMÄß NATURSCHUTZRECHT	16
8.1	Vorbemerkung	16
8.2	Bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen	16
8.3	Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen	17
8.4	Verbleibende Beeinträchtigungen	18
8.5	Eingriffsbewertung und Ermittlung des Kompensationsbedarfs.....	18
8.6	Geplante Maßnahmen für die Kompensation	19
8.7	Bilanzierung.....	20
9	FLÄCHENBILANZ	20

UMWELTBERICHT

10	EINLEITUNG.....	21
10.1	Kurzdarstellung des Inhaltes und der wichtigsten Ziele der. 1. Änderung des Flächennutzungsplans	21
10.2	Ziele des Umweltschutzes aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen und ihre Berücksichtigung im Bebauungsplan	22
10.2.1	Fachgesetze.....	22

10.2.2 Fachplanungen	24
11 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN ...26	
11.1 Bestandsaufnahme	26
11.1.1 Schutzgut Mensch.....	26
11.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen	27
11.1.3 Schutzgut Boden.....	27
11.1.4 Schutzgut Wasser	27
11.1.5 Schutzgüter Klima und Luft.....	27
11.1.6 Schutzgut Landschaft.....	29
11.1.7 Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter	29
11.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes	29
11.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	29
11.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	31
11.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	32
11.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Auswirkungen	32
11.3.2 Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz nachteiliger Auswirkungen	33
11.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten	33
12 ZUSÄTZLICHE ANGABEN.....	34
12.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung	34
12.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bbauungsplanes auf die Umwelt	34
13 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG DER ANGABEN DES UMWELTBERICHTES.....	35
14 QUELLENVERZEICHNIS	38

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Luftbild von Juni 2016 mit dem Planungsgebiet	8
Abb. 2: Flächennutzungen und Biotoptypen im Plangebiet	8
Abb. 3 und 4: Reifenlageraltlast im südöstlichen Teil des Plangebietes und Straße „Mühlenfeld“	11
Abb. 5 und 6: Blick auf das Kleingewässer mit Ufergehölzen (geschütztes Biotop) und Weg am nördlichen Rand des geschützten Biotops.....	11
Abb. 7 und 8: Ziergehölze am südwestlichen Rand des Plangebietes und Weg, der von der Stichstraße Richtung Südwesten führt.....	11

1 Planungsanlass, -ziele und Geltungsbereich

Die Stadt Malchin (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) verfügt über einen Flächennutzungsplan (F-Plan), in Kraft getreten am 03.12.2017, an dem in der Ortslage Malchin Änderungen von Flächenausweisungen vorgenommen werden sollen. Anlass für die 1. Änderung des F-Plans ist die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1 „Mühlenfeld“.

Der B-Plan Nr. 1 befindet sich derzeit im Aufstellungsverfahren; dieses endet voraussichtlich Ende 2020.

Die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zur 1. Änderung des F-Plans wurde im Mai und Juni 2020 durchgeführt.

Die Planungsziele dieses B-Plans weichen zum kleineren Teil von den Darstellungen des F-Plans ab, so dass sich gemäß § 8 Abs. 2 BauGB die Notwendigkeit ergibt, den F-Plan in diesem Bereich zu ändern.

Mit der 1. Änderung des F-Plans sollen begleitend zur Aufstellung des B-Plans Nr. 1 die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die im B-Plan Nr. 1 vorgesehenen baulichen Entwicklungen durchführen zu können.

2 Inhalte der 1. Änderung des Flächennutzungsplans

Der Änderungsbereich befindet sich am südöstlichen Rand der Stadt Malchin und hat eine Größe von rund 17 ha.

Der Bereich der 1. Änderung des F-Plans umfasst in der Gemarkung Malchin folgende Flurstücke:

Flur 11:

183/7, 183/14, 183/16, 183/28, 183/30, 183/31, 183/38, 183/39, 183/44, 183/41, 183/45, 183/46, 183/47, 183/49, 183/52, 183/53, 183/60 (teilweise), 183/61 (tlw.), 183/62, 183/63, 187/6, 187/8, 190/3, 190/4, 192/3, 204/10, 205/9,

Flur 14:

60/13, 62/7, 62/9, 63/5, 63/14, 63/17, 64/5, 65/5, 66/10, 66/16, 68/8 (tlw.), 96/7, 96/8, 96/9.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des F-Plans wird wie folgt begrenzt:

im Norden	durch eine Kleingartenanlage,
im Osten	durch die Anlagen der Bahnstrecke Bützow-Pasewalk,
im Süden	durch die Kreisstraße 3 (Am Leuschentiner Damm) und gewerblich genutzte Flächen,
im Westen	durch das Gebiet des B-Plans Nr. 7 „Am Strauchwerder“ (gewerblich genutzte Flächen, tlw. Brachflächen).

Der Planzeichnung ist die genaue Lage und Abgrenzung des Plangeltungsbereiches zu entnehmen.

Es ergeben sich folgende Änderungen gegenüber dem rechtskräftigen F-Plan:

1. Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebietes anstelle eines Industriegebietes,
2. Ausweisung von drei Gewerbegebieten anstelle eines Industriegebietes,
3. Ausweisung eines Sondergebietes für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage anstelle eines Industriegebietes,
4. Ausweisung von öffentlichen Grünflächen anstelle eines Industriegebietes (Zweckbestimmung der Grünflächen: artenschutzrechtliche Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme bzw. Grünverbindung),

Zu 1.:

Das eingeschränkte Gewerbegebiet befindet sich im nördlichen Teil des Plangebietes. In diesem Gebiet sind nur solche Betriebe und Anlagen zulässig, die nach ihrem Störgrad im Mischgebiet zulässig wären. Diese Ausweisung erfolgt, um den immissionsschutzrechtlichen Schutzanspruch der nördlich an das Plangebiet angrenzenden großflächigen Kleingartenanlage zu gewährleisten.

Zu 2.:

Für das Sondergebiet ist die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PV-Anlage) mit einer elektrischen Nennleistung von rund 3 MW vorgesehen. Der Einspeise- bzw. Anschlusspunkt für die PV-Anlage befindet sich ca. 50 m entfernt an der 20-kV-Leitung „Malchin Opico“ am Kabelabschnitt zwischen den Stationen „Malchin Tankstelle“ und „Malchin Gewerbegebiet 1“.

Zu 3.:

Die Ausweisung von drei Gewerbegebieten anstelle eines Industriegebietes erfolgt am nordöstlichen, am südöstlichen und im Zentrum bzw. am westlichen Rand des Plangebietes. Es werden Gewerbegebiete ausgewiesen, um u. a. dem Schutzanspruch der nördlich gelegenen Kleingartenanlage zu entsprechen.

Zu 4.:

Die Ausweisung von öffentlichen Grünflächen dient als Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme dem Artenschutz und der Erhaltung eines naturschutzrechtlich geschützten Biotops. Bei dieser Biotopfläche handelt es sich um ein Kleingewässer. Das Kleingewässer wird nicht gesondert als Wasserfläche ausgewiesen, sondern ist Bestandteil der Grünfläche. Nachrichtlich wurde in die Planzeichnung die Umgrenzung des geschützten Biotops aufgenommen.

3 Hintergrund: Geschichtliche Entwicklung des B-Plans Nr. 1

Der in den Jahren 1990/91 aufgestellte B-Plan Nr. 1 „Mühlenfeld“ hat lediglich aus formalen Gründen keine Rechtskraft erlangt. Trotz fehlender Rechtskraft konnten innerhalb des Plangebietes auf Grundlage des § 33 Abs. 1 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung) die notwendigen Erschließungsanlagen hergestellt werden und sich eine Reihe von Gewerbebetrieben ansiedeln.

Große freie Flächen im Gebiet des B-Plans stehen für weitere Gewerbeansiedlungen zur Verfügung. Die Möglichkeit der Realisierung von Bauvorhaben gemäß § 33 Abs. 1 BauGB wird von der zuständigen Genehmigungsbehörde inzwischen nicht mehr eingeräumt. Um die weitere Entwicklung des Plangebietes voranzutreiben, wird der Bebauungsplan Nr. 1 zurzeit neu aufgestellt.

Anknüpfend an die Ausweisungen des ursprünglichen B-Plans werden im aktuellen B-Plan Nr. 1 u. a. Gewerbegebiete und eingeschränkte Gewerbegebiete gemäß § 8 BauNVO, Industriegebiete gemäß § 9 BauNVO, ein Sonstiges Sondergebiet für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage gemäß § 11 BauNVO und öffentliche Grünflächen ausgewiesen.

4 Rechtliche Grundlagen

Folgende Gesetze und Rechtsverordnungen bilden die Grundlagen für die 1. Änderung des F-Plans:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728),
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786),
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung – PlanZV - vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),
- Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.03.2020 (BGBl. I S. 440),
- Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) vom 23.02.2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66) zuletzt geändert durch Art. 3 d. G. vom 05.07.2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228).

5 Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Die Bauleitpläne sind gemäß § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzupassen. Für die 1. Änderung des F-Plans sind die Erfordernisse der Raumordnung gemäß Landesraumentwicklungsprogramm M-V vom 09.06.2016 und Regionalem Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte (RREP) vom 15.06.2011 zu berücksichtigen.

Der landesplanerischen Stellungnahme vom 19.05.2020 zufolge entspricht die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.

Landesraumentwicklungsprogramm

Gemäß der Darstellung der Karte des Landesraumentwicklungsprogramms M-V (LEP) befindet sich das Stadtgebiet Malchin und somit auch das Plangebiet in einem Vorbehaltsgebiet Tourismus und in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. Vorbehaltsgebiete sind Gebiete, in denen bestimmten, raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden soll. Vorbehaltsgebiete haben den Rechtscharakter von Grundsätzen der Raumordnung. Grundsätze der Raumordnung wiederum sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums, die als Vorgaben für nachfolgende Abwägungsprozesse und Entscheidungen zu berücksichtigen sind.

Da die Karte des LEP in einem Maßstab von 1:250.000 vorliegt, sind Differenzierungen für den Stadtbereich Malchin nicht möglich.

Aus dem LEP ergibt sich kein Widerspruch zur 1. Änderung des F-Plans, da das RREP das bereits existierende Gewerbe- und Industriegebiet Mühlenfeld als regional bedeutsamen Standort für Gewerbe und Industrie ausweist (Z, Ziel der Raumordnung).

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Landes- oder Regionalplanung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen. Sie sind keiner Abwägung mehr zugänglich.

Die durch die Stadt verlaufende Bundesstraße 104 gehört zu einem überregionalen Straßennetz und die an das Plangebiet angrenzende Bahnstrecke zu einem großräumigen Eisenbahnnetz.

Malchin ist gemäß der Festlegung des RREP Grundzentrum. Somit soll Malchin gemäß LEP als überörtlich bedeutsamer Standort von Einrichtungen der Daseinsvorsorge gesichert werden.

Regionales Raumentwicklungsprogramm

Das für Malchin gültige Regionale Raumentwicklungsprogramm (RREP) „Mecklenburgische Seenplatte“ von 2011 weist Malchin als Grundzentrum aus. Gemäß LEP sollen zentrale Orte überörtliche Bündelfunktionen übernehmen und als Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung, Versorgung, Siedlungsentwicklung, kulturellen, Bildungs-, sozialen und Sportinfrastruktur sowie der Verwaltungsinfrastruktur vorrangig gesichert und ausgebaut werden.

Die Grundzentren der Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte sollen als überörtlich bedeutsame Wirtschaftsstandorte gestärkt werden, Arbeitsplätze für die Bevölkerung ihres Nahbereichs bereitstellen und zur Sicherung von Einrichtungen zur Daseinsvorsorge insbesondere in den ländlichen Räumen beitragen.

Wie bereits bei den Ausführungen zum Landesraumentwicklungsprogramm dargestellt, wird das existierende Gewerbe- und Industriegebiet Mühlenfeld im RREP (Kapitel Standortanforderungen und Standortvorsorge für die wirtschaftliche Entwicklung) als regional bedeutsamer

Standort für Gewerbe und Industrie festgelegt. Dieser Standort diene der Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbe- und Industrieunternehmen. Eine zielgerichtete Flächenvorsorge sei dafür erforderlich. (Z, Ziel der Raumordnung)

Für die Einstufung als regional bedeutsamer Standort für Gewerbe und Industrie gelten drei Kriterien, die alle erfüllt sein müssen:

- zusammenhängende Fläche von über 10 ha mit Erweiterungsmöglichkeiten,
- Lage in bzw. in unmittelbarer Nähe zu einem Zentralen Ort oder Siedlungsschwerpunkt,
- Nähe zu einer leistungsfähigen Straßenverbindung (großräumige, überregionale oder regionale Straßenverbindung).

Nach Abzug der für die Photovoltaik-Freiflächenanlage vorgesehenen Fläche (ca. 3 ha) weist das Gewerbe- und Industriegebiet „Mühlenfeld“ immer noch rund 18,5 ha Gewerbe- und Industriefläche aus. Neben der bereits für Gewerbe genutzten Fläche (ca. 11,8 ha) bestehen Erweiterungsmöglichkeiten auf einer Fläche von rund 6,2 ha. Die drei Kriterien des RREP für regional bedeutsame Standorte für Gewerbe und Industrie sind auch weiterhin erfüllt.

Durch das RREP gibt es weiterhin folgende Festlegungen für das Gebiet der Stadt Malchin:

- Das Gebiet der Stadt Malchin ist als Tourismusschwerpunktraum ausgewiesen.
- Malchin gehört zu einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft.

In der landesplanerischen Stellungnahme vom 19.05.2020 zum B-Plan Nr. 1 „Mühlenfeld“ kommt das Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte zu dem Ergebnis, dass der B-Plan Nr. 1 „Mühlenfeld“ den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung entspricht.

Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan

Die aktuelle Fassung des Gutachtlichen Landschaftsrahmenplanes (GLRP) „Mecklenburgische Seenplatte“ (LUNG 2011) trifft für das Plangebiet keine Aussagen.

6 Aktuelle Flächennutzungen und Biotope

Das Plangebiet setzt sich aktuell aus folgenden Flächennutzungen und Biotoptypen zusammen: Siedlungsflächen (1), Ackerflächen (2), Straßen und Wege (inkl. Begleitgrün, 3), Ruderale Gras- und Staudenfluren (tlw. mit einzelnen Gehölzen, 4), Kleingewässer mit Verlandungsbereich und Ufergehölzen (5), Laubgehölzflächen aus einheimischen Arten (6), Hochstaudenflur stark entwässerter Moor- und Sumpfstandorte (7), Laubgehölzfläche aus Ziersträuchern (8), wasserwirtschaftliche Anlage (9). Den größten Flächenanteil nehmen Siedlungs- und Ackerflächen ein.

Der Abbildung 2 sind die Lage und Abgrenzung der einzelnen Flächennutzungen und Biotoptypen zu entnehmen.

Das folgende Luftbild zeigt das Plangebiet und dessen Umgebung im Mai 2018.



Abb. 1: Luftbild mit dem Planungsgebiet und Umgebung (Mai 2018, © GeoBasis-DE/ M-V 2020)

Die folgende Abbildung zeigt Biotop- und Nutzungstypen des Plangebietes und in dessen Umfeld. Dargestellt sind die Flächen, die der Geltungsbereich des B-Plans Nr. 1 umfasst.



Abb. 2: Flächennutzungen und Biotoptypen im Gebiet des B-Plans Nr. 1 „Mühlenfeld“ (schließt das Gebiet der 1. Änderung des F-Plans ein; Zuordnung der Zahlen: siehe oben)

1. Siedlungsflächen:

Die Siedlungsflächen befinden sich im Norden und im Süden des Plangebietes und werden von sieben Gewerbebetrieben und im nördlichen Teil von mehreren Einfamilienhäusern von Betriebsinhabern eingenommen. Außerdem liegt der Stadtbauhof Malchin im Plangebiet. Folgende Gewerbebetriebe sind vorhanden:

- Fahrrad-Großhandel 4UBikes (ehem. MAKRO),
- Georg Koch GmbH & Co. KG (Straßen- und Tiefbau),
- Mario Moll Fensterbau und Tischlerei,
- Malermeister Frank Lüdke GmbH (mit Wohngebäude),
- Schnepf Natursteine (Marmor- und Granitzuschnitt),
- Schumacher & Schumacher GbR (Fuhrunternehmen),
- Wapner Transport und Handels GmbH.

Gemäß den Angaben des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU MS) vom 17.04.2018 befindet sich im Nordosten des Plangebietes folgende immissionsschutzrechtlich genehmigte Anlage: Abfallaufbereitungsanlage der Georg Koch GmbH & Co. KG Straßen- und Tiefbau (Mühlenfeld 12, Gemarkung Malchin, Flur 11, Flurstücke 192/3, 205/9, 183/7 u.a.). Zuständige Behörde für die Überwachung der Anlage im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes ist das StALU MS. Von der Anlage können Lärm- und Staubemissionen ausgehen.

2. Ackerflächen:

Die größeren, noch nicht bebauten Flächen des Plangebietes werden von einem Landwirtschaftsbetrieb ackerbaulich genutzt.

3. Straßen und Wege:

Der Großteil der Fläche wird von der Straße „Mühlenfeld“ eingenommen, die eine Asphaltdecke aufweist. Einseitig, im Bereich der Stichstraße auch beidseitig, ist ein Gehweg aus Betonsteinen vorhanden. Entlang der Straße befinden sich zahlreiche Stellplätze für Kraftfahrzeuge in Parallelaufstellung. Die Straße „Mühlenfeld“ wird durchgängig von Straßenbäumen gesäumt. Am durchgehenden Straßenabschnitt ist überwiegend die Art Berg-Ahorn vorhanden, an der Stichstraße handelt es sich um Winter-Linde. Zwischen den Straßenbäumen wurden in großer Stückzahl Ziersträucher (u. a. Fingerstrauch, Berberitze, Kartoffel-Rose, Feuerdorn) angepflanzt.

Von der Wendeanlage der Stichstraße führt ein schmaler, mit Betonsteinen gepflasterter Weg in südwestlicher Richtung zum Rand des Plangebietes. Im angrenzenden Gebiet des B-Plans Nr. 7 „Am Strauchwerder“ verläuft der Weg weiter bis zur B 104 (Stavenhagener Straße).

Ein weiterer Weg, der überwiegend eine wassergebundene Wegedecke aufweist, führt entlang des westlichen Randes des Kleingewässers (siehe Punkt 5), teilt die Ackerfläche und mündet am westlichen Rand des Plangebietes in den zuvor beschriebenen Weg.

4. Ruderale Gras- und Staudenfluren:

Die ruderalen Gras- und Staudenfluren befinden sich auf frischen bis trockenen Mineralstandorten, zum einen teilweise entlang der Ackerflächen, zum anderen auch im südöstlichen Teil des Plangebietes zwischen dem Bahngleis und der Straße bzw. den beiden gewerblich genutzten

Flächen. Bei der letztgenannten Ruderalflur handelt es sich zugleich um eine Reifenlageraltlastenfläche. Vor einigen Jahren wurden hier Tausende von Autoreifen abgelagert, um diese einer Wiederverwertung zuzuführen. Nachdem die Reifen abgelagert, aber nicht wiederverwertet wurden, siedelten sich auf den Flächen außerhalb der Reifenberge ruderale Gräser, Stauden und Gehölze an.

5. Kleingewässer mit Verlandungsbereich und Ufergehölzen:

Das Kleingewässer ist überwiegend mit Wasserpflanzen bzw. Röhrichtarten bedeckt. Der Uferbereich wird von Röhrichtarten (v. a. Schilf, Rohrkolben, Großseggen), Sträuchern und Bäumen (v. a. Weiden) eingenommen. Als stehendes Kleingewässer ist das Biotop einschließlich der Ufervegetation gemäß § 20 Naturschutzausführungsgesetz M-V gesetzlich geschützt (DEM04914).

Dem Kleingewässer wurde mit dem B-Plan Nr. 1 aus den 1990er Jahren auch die Funktion eines Regenrückhaltebeckens (RRB) zugewiesen. Zu diesem Zweck wurden im nördlichen Teil dieses Bereiches nahe der Straße „Mühlenfeld“ ein Sandfang/Leichtflüssigkeitsabscheider und eine Tauchwand hergestellt. Am südwestlichen Rand dieses Bereiches ist ein Überlauf vorhanden. Eine unterirdische Regenwasserleitung führt von dort in westliche Richtung zu einem weiteren RRB. Dieses RRB liegt an der Grenze zum Plangebiet und gehört zum Gebiet des B-Plans Nr. 7 „Am Strauchwerder“.

6. Laubgehölzfläche aus einheimischen Arten:

In dem Gehölzstreifen zwischen dem Weg und der Ackerfläche sind überwiegend Schwarz-Erlen, Gemeine Eschen und Strauch- bzw. Baumweiden vorhanden.

7. Hochstaudenflur stark entwässerter Moor-und Sumpfstandorte:

Die Hochstaudenflur befindet sich in einer kleinen Senke am südwestlichen Rand des Plangebietes. Der größte Teil der Fläche wird von einer Brennessel-Flur (*Urtica dioica*) eingenommen. Auf einer Fläche von rund 50 m² kommt im Innern der Fläche Rohr-Glanzgras vor. Am Rand der Rohrglanzgras-Fläche ist ein kleines Salweiden-Gebüsch vorhanden. Zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme (29.08.2017) war die Fläche trocken.

8. Laubgehölzfläche aus Ziersträuchern:

Die Ziersträucher werden regelmäßig geschnitten und die Räume zwischen den Sträuchern gemäht. Vereinzelt kommen auch junge einheimische Gehölze vor (z. B. Eberesche).

9. Wasserwirtschaftliche Anlage:

Bei der wasserwirtschaftlichen Anlage handelt es sich um eine Abwasserpumpstation des Wasserzweckverbandes Malchin Stavenhagen.

Die folgenden Fotos zeigen Teile des Plangebietes am 26.07.2017.



Abb. 3 und 4: Reifenlageraltlast im südöstlichen Teil des Plangebietes und Straße „Mühlenfeld“



Abb. 5 und 6: Blick auf das Kleingewässer mit Ufergehölzen (geschütztes Biotop) und Weg am nördlichen Rand des geschützten Biotops



Abb. 7 und 8: Ziergehölze am südwestlichen Rand des Plangebietes und Weg, der von der Stichstraße Richtung Südwesten führt

Gemäß den Angaben der Stellungnahme des Forstamtes Stavenhagen vom 10.04.2018 und der ergänzenden E-Mail vom 26.06.2018 handelt es sich bei dem südwestlich an das Plangebiet angrenzenden Regenrückhaltebecken, das teilweise von Bäumen und Sträuchern umgeben ist, um eine Waldfläche entsprechend § 2 Landeswaldgesetz M-V (LWaldG M-V) (vgl. Abb. 2).

Geologie, Boden, Höhenlage, Relief

Aus geologischer Sicht besteht der größte Teil des Plangebietes in der oberen Schicht aus Geschiebemergel der Hochflächen (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Zungenartig ragen feine Beckenablagerungen in der Endmoräne von Westen aus kommend in nördlicher und in östlicher Richtung in das Plangebiet hinein (ebd.).

Im Bereich des Geschiebemergels ist ein Geschiebelehm-Mosaik anzutreffen (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Dort, wo die Beckenablagerungen vorhanden sind, liegt ein Geschiebelehm-Sand-Mosaik vor.

Der größte Teil des Plangebietes weist Höhen zwischen ca. 9 und ca. 14 m über NHN (Normalhöhennull) auf (www.gaia-mv.de/gaia/gaia.php, Zugriff am 28.08.2017). Das Gelände steigt in südöstliche und nordöstliche Richtung hin leicht an (ebd.). Im Bereich des Kleingewässers ist eine Senkenlage vorhanden.

Grundwasser

Das Plangebiet wird im Hinblick auf den Grundwasserflurabstand in etwa mittig durch eine von Nordosten nach Südwesten verlaufende Diagonale geteilt (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Während der östliche Teil ein Gebiet ohne nutzbares Grundwasser ist, beträgt der Abstand im westlichen Teil mehr als 10 m (ebd.). Die Geschütztetheit des Grundwassers im westlichen Teil ist „hoch“ (ebd.).

Das Plangebiet ist nicht Bestandteil eines Wasserschutzgebietes (ebd.).

Angrenzende Flächennutzungen

Auf den an den Plangeltungsbereich angrenzenden Flächen sind folgende Biotop- und Nutzungstypen anzutreffen:

- nördlich: Kleingartenanlage,
- östlich: Gleis der Bahnstrecke Bützow – Neubrandenburg und angrenzend Ackerflächen,
- südlich: Kreisstraße 3 (Am Leuschentiner Damm) und angrenzend Ackerflächen,
- westlich: gewerblich genutzte Flächen, Lagerflächen des Stadtbauhofes Malchin, Kleingewässer mit Ufergehölzen (Regenrückhaltebecken).

7 Schutzgebiete und geschützte Objekte

7.1 Schutzgebiete und geschützte Objekte nach Naturschutzrecht

Schutzgebiete

Im Plangebiet befinden sich keine internationalen oder nationalen Schutzgebiete nach Naturschutzrecht.

Etwa 330 m in nordöstlicher Richtung beginnt das rund 43.560 ha große Europäische Vogelschutzgebiet DE 2242-401 „Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See“ (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Durch die 1. Änderung des F-Plans ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen dieses Schutzgebietes (vgl. Kap. 9).

Das rund 27.461 ha große Landschaftsschutzgebiet L 64b „Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See“ (Mecklenburgische Seenplatte, Altkreis Demmin) und der rund 61.590 ha große Naturpark NP 3 „Mecklenburgische Schweiz und Kummerower See“ grenzen westlich an das Bahngleis, das das Plangebiet im Osten begrenzt (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017).

Ergebnis der SPA-Vorprüfung (SPA - Special Protection Area):

Für das nahegelegene EU-Vogelschutzgebiet (vgl. Kap. 3.2) ist nicht mit größeren Beeinträchtigungen durch die 1. Änderung des F-Plans zu rechnen. In den eingeschränkten Gewerbegebieten im nördlichen Teil des Plangebietes können sich auf den wenigen freien Flächen nur Gewerbebetriebe ansiedeln, die das vorhandene Wohnen nicht wesentlich stören. Da bereits sieben Gewerbebetriebe und der Stadtbauhof im Plangebiet vorhanden sind, ist nicht damit zu rechnen, dass sich erhebliche zusätzliche Auswirkungen auf das Schutzgebiet ergeben. Mit einer Entfernung von mehr als 300 m zur äußeren Grenze des Schutzgebietes und dem Damm der Bahnstrecke als Barriere zwischen Plan- und Schutzgebiet sind wesentliche Faktoren gegeben, die das Eintreten erheblicher negativer Auswirkungen auf das Schutzgebiet verhindern. Positiv wird sich in dieser Hinsicht auch bemerkbar machen, dass für die unbebaute Fläche östlich der Straße „Mühlenfeld“ eine Photovoltaik-Freiflächenanlage vorgesehen ist, von der keine störenden Wirkungen (Lärm, gasförmige Emissionen) ausgehen.

Es ist auch nicht davon auszugehen, dass sich durch die PV-Anlage größere Störungen für die Vogelwelt des EU-Vogelschutzgebietes ergeben.

In den vergangenen Jahren sind Forschungsvorhaben durchgeführt worden, um die möglichen Auswirkungen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Naturhaushalt und Landschaftsbild, auf bestimmte Lebensräume und Artengruppen sowie das Landschaftsbild zu ermitteln. Im Folgenden wird aus dem Gutachten „Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von PV-Freiflächenanlagen – Endbericht“ (Bundesamt für Naturschutz 2009, S. 62) zitiert, in dessen Rahmen mögliche Reaktionen von Vögeln auf PV-Module festgestellt wurden. „Als zentrales Ergebnis der Untersuchungen ist festzustellen, dass

- keine Verhaltensbeobachtung gemacht werden konnte, die als „negative“ Reaktion auf die PV-Module interpretiert werden könnte. So wurden keine „versehentlichen“ Landeversuche auf vermeintlichen Wasserflächen beobachtet [Annahme, dass PV-Module mit Wasserflächen verwechselt werden könnten]. Auch konnte keine signifikante Flugrichtungsänderung bei überfliegenden Vögeln beobachtet werden, die auf eine Stör- und Irritationswirkung hinweisen könnte. Ebenso war kein prüfendes Kreisen von Zugvögeln (wie bei Wasservögeln, Kranichen etc. vor der Landung) festzustellen, wohl jedoch kreisende Greifvögel auf der Jagd (Mäusebussard) oder Zug (Sperber).
- Es wurden dementsprechend auch keine Kollisionsergebnisse beobachtet. Auch Totfunde, die auf Kollision zurückgehen könnten, gelangen nicht. Kollisionsergebnisse würden, zumindest bei größeren Vögeln, außerdem zu einer Beschädigung der Module führen. Den Betreibern und Flächenbetreuern sind solche Ereignisse jedoch nicht bekannt.
- Beim Vergleich von PV-Flächen und dem Umland ist zudem bei keiner Art ein offensichtliches Meideverhalten bezüglich ansonsten als Brut-, Nahrungs- oder Rastgebiet gleichwertiger PV-Anlagenflächen erkennbar.“

Die Gefahr von Kollisionen von Vögeln mit den Modulen oder erhebliche Irritationswirkungen durch PV-Anlagen halten die Gutachter insgesamt für sehr gering (S. 95).

Zu erwähnen ist auch, dass rund 500 m westlich von der geplanten PV-Anlage bereits Photovoltaik-Freiflächenanlagen vorhanden sind.

Geschützte Biotope und Geotope

Bestandteil des Plangebietes ist das gemäß § 20 NatSchAG M-V geschützte Biotop DEM04914 (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Gemäß den Angaben im Kartenportal Umwelt M-V handelt es sich um ein permanentes Kleingewässer mit folgenden Kennzeichen: Phragmites-Röhricht, Typha-Röhricht, Wasserlinsen, Großseggenried, Weide, verbuscht, Hochstaudenflur, Abgrabungsgewässer. Es ist als stehendes Kleingewässer einschließlich der Ufervegetation geschützt. Anders als im Kartenportal Umwelt M-V zeichnerisch dargestellt, geht es flächenmäßig nicht über die Straße „Mühlenfeld“ hinweg, sondern reicht nur bis an den westlichen Rand der Straße.

Aus artenschutzrechtlicher Sicht wird empfohlen, regelmäßig die Verlandung des Kleingewässers, das zugleich als Regenrückhaltebecken dient, zurückzunehmen, so dass eine freie Wasserfläche von mindestens 50 m² dauerhaft zur Verfügung steht. Maßnahmen zur Verringerung der Verlandung wären außerhalb der Vogelbrutzeit und innerhalb eines für Amphibien günstigen Monats, d. h. im Oktober, durchzuführen.

An die östliche Grenze des Plangebietes grenzt das rund 1,67 ha große geschützte Biotop DEM04916 an (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Laut Kartenportal Umwelt M-V ist der Gehölzbestand, der sich parallel zu dem überwiegend auf einem Damm verlaufenden Bahngleis befindet, als naturnahe Feldhecke geschützt. Die Feldhecke befindet sich auf den Flurstücken 153 der Flur 11 (nördlicher Abschnitt) und 95 der Flur 14 (südlicher Abschnitt), die der Deutschen Bahn AG gehören. Das Biotop ist gemäß den Angaben des Kartenportals Umwelt M-V wie folgt gekennzeichnet: lückiger Bestand, Saum/ Böschung, Hochstaudenflur. In der Feldhecke dominiert die Schlehe.

Durch die 1. Änderung des F-Plans ergibt sich keine Beeinträchtigung des geschützten Biotops.

Im Plangebiet kommen keine geschützten Geotope vor.

7.2 Baudenkmale, Bodendenkmale

Bau- und Bodendenkmale sind weder im Plangebiet noch auf direkt angrenzenden Flächen vorhanden.

8 Artenschutz

Mit der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) im Dezember 2008 hat der Gesetzgeber das deutsche Artenschutzrecht an die europäischen Vorgaben zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie – FFH-RL) und zum Vogelschutz (Vogelschutz-Richtlinie – VS-RL) angepasst und diese Änderungen auch in der Neufassung des BNatSchG vom 29.07.2009 übernommen. In diesem Zusammenhang müssen seither die Artenschutzbelange bei allen genehmigungspflichtigen Planungs- und Zulassungsverfahren entsprechend den

europäischen Bestimmungen geprüft werden. Der Artenschutz ist in den Bestimmungen der §§ 44 und 45 BNatSchG verankert.

Artenschutzrechtlich von Belang sind im Planungsgebiet in größerem Umfang nur die Landwirtschaftsflächen. Für diese Flächen bereiten sowohl der rechtskräftige F-Plan als auch dessen 1. Änderung Nutzungsänderungen vor. Relativ kleinflächig betreffen Nutzungsänderungen auch die Biotoptypen „Ruderale Staudenflur frischer bis trockener Mineralstandorte“ und „Hochstaudenflur stark entwässerter Moor-und Sumpfstandorte“.

Für das geplante Sonstige Sondergebiet „PV-Freiflächenanlage“ ergeben sich artenschutzrechtlich keine negativen Auswirkungen, da die bestehende Ackerfläche unterhalb der zu installierenden Solarmodule in eine extensiv gepflegte Grünlandfläche umgewandelt wird. Durch die geschlossene Vegetationsdecke mit extensiver Pflege entsteht ein für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten wertvoller Lebensraum. Tierarten, die bislang die im südlichen Teil des Sonstigen Sondergebietes die ruderale Staudenflur als Lebensraum genutzt haben, finden Ersatz in der extensiv gepflegten Grünlandfläche in Kombination mit den geschützten Biotopen entlang der Bahnstrecke (Feldhecke/ Gebüsch).

Bei den übrigen Landwirtschaftsflächen ist aufgrund der Lage innerhalb des Siedlungsbereiches mit den von den Gewerbebetrieben, Wohnhäusern, Straßen und Wegen ausgehenden Beeinträchtigungen aktuell nicht mit einer größeren Bedeutung als Lebensraum für geschützte Tierarten zu rechnen. So werden beispielsweise die die Landwirtschaftsflächen komplett umgebenden Straßen und Wege intensiv von Spaziergängern/ Erholungssuchenden mit Hunden frequentiert.

Aufgrund des Vorkommens wertvoller Biotope außerhalb der anthropogen genutzten Flächen (Kleingewässer, Feldhecke/ Gebüsch entlang der Bahnstrecke) sind zur Abwendung der Einschlägigkeit artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände folgende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vorgesehen:

- V1 Amphibien/ Vögel/ Fledermäuse: Das Kleingewässer inklusive deren Ufervegetation und der Gehölzsaum wird erhalten (Flurstück 183/62). Die Verlandung wird regelmäßig, jedoch außerhalb der Vogelbrutzeit und innerhalb eines für Amphibien günstigen Monats, d. h. im Oktober, zurückgenommen, so dass eine freie Wasserfläche von mind. 50 m² dauerhaft zur Verfügung steht.
- V2 Vögel (z. B. Neuntöter)/ Fledermäuse: Die Feldhecke/ Gebüsch entlang der Bahnstrecke wird/ werden erhalten.
- V3 Laubfrosch/ Vögel: Gegebenenfalls notwendige Gehölzrodungen werden nur außerhalb der Brutzeit, d.h. im Zeitraum Oktober bis März, durchgeführt.
- V4 Amphibien: Um Störungen, Verletzungen und Tötungen zu vermeiden, sind während der Haupt-Wanderungszeiten von Amphibien, also im Zeitraum September/ Oktober und März/ April, Amphibienschutzzäune um Baugruben aufzustellen oder es dürfen keine Baugruben angelegt werden.
- V5 Zauneidechse/ Vögel: Fläche der Photovoltaik-Freiflächenanlage: Nicht bebaute Flächen sind als naturnahe Wiese oder Weide zu entwickeln. Eine jährliche Mahd wird jeweils im August durchgeführt. Es kann auch eine Beweidung (z. B. mit Schafen) ab August erfol-

gen. Das Mähgut ist zur Aushagerung zu entfernen, kein Mulchen. Der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist unzulässig.

Potenziell im Plangebiet vorkommende geschützte Tierarten, die nicht gleichzeitig nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder gemäß Art. 1 Vogelschutzrichtlinie geschützt sind, sind die Erdkröte (*Bufo bufo*), der Teichmolch (*Lissotriton vulgaris*) und die Ringelnatter (*Natrix natrix*). Mit den vorgesehenen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen ist auch der hinreichende Schutz dieser Tierarten/ Gruppen gewährleistet.

Bei Durchführung der o. g. Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen kann dem Eintreten einschlägiger Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG effektiv begegnet werden. Das Vorhaben ist somit nach den Maßgaben des § 44 Abs. 1 BNatSchG zulässig.

9 Eingriffsregelung gemäß Naturschutzrecht

9.1 Vorbemerkung

Für Eingriffe in Natur und Landschaft, die durch die Planung möglich gemacht werden, gelten die §§ 13 - 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie § 12 des Naturschutzausführungsgesetzes M-V (NatSchAG M-V).

Gemäß den Angaben des Bauamtes des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte handelt es sich bei den besiedelten/bebauten Flächen, die an die Straße „Mühlenfeld“ angrenzen, baurechtlich um den Innenbereich. Dies gilt auch für die teilweise unbebaute Fläche zwischen der Straße „Mühlenfeld“ und der Bahnstrecke (Flurstück 183/63), also bei der für die PV-Anlage vorgesehenen Fläche. Gemäß § 18 Abs. 2 BNatSchG ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung für diese Flächen nicht anzuwenden.

9.2 Bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Baubedingte potenzielle Wirkungen ergeben sich aus der zeitlich begrenzten Inanspruchnahme von Flächen durch Baustelleneinrichtungen, die Einrichtung von Lagerplätzen und Baustellenzufahrten. Erd- und Gründungsarbeiten, Geländemodellierungen sowie für Bauverkehrsflächen. Mit den Bauarbeiten zur Errichtung neuer Baulichkeiten und Anlagen sowie durch den Baustellenverkehr sind temporäre Lärmemissionen und Erschütterungen zu erwarten. Es können temporäre Scheuchwirkungen für Tiere, temporäre Schadstoffemissionen durch Baustellenverkehr und Betriebsmittel und temporäre optische Störung durch Baufahrzeuge sowie Baustoff- und Restmittelablagerungen auftreten. Die Gesamtdauer der baubedingten Auswirkungen ist abhängig vom Verkauf und der Bebauung der Einzelgrundstücke. Die Bautätigkeiten sind weitgehend auf das Plangebiet beschränkt.

Der Bauherr hat während der Bauphase dafür Sorge zu tragen, dass die Bautätigkeiten unter Einhaltung der gesetzlichen Regelungen, insbesondere zum Immissionsschutz, erfolgen.

Anlagebedingte Wirkungen sind die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundflächen (z.B. Entfernen der Vegetation, Bodenauftrag und -abtrag, Bodenverdichtung), der Verlust von

Bodenfunktionen durch Versiegelungen (Speicher- und Pufferfunktionen, Lebensraumfunktion) und der Habitat- und Funktionsverlust der Lebensräume. Durch die Beanspruchung von bislang un bebauten Flächen für die Anlage von Gebäuden, Verkehrs- und Gartenflächen etc. werden die vorhandenen Biotoptypen beseitigt bzw. in andere Biotoptypen umgewandelt. Dadurch kommt es zum Verlust von Gesamt- bzw. Teillebensräumen der Flora und Fauna. Die Errichtung von Gebäuden führt auch zu visuellen Beeinträchtigungen. Angaben zu den Größen der Biotopflächen, die anlagebedingt beseitigt werden müssen, sind dem Gliederungspunkt 8.4 zu entnehmen.

Bei der Umsetzung des Vorhabens müssen Mutterbodenschichten und die humifizierte Auffüllungen mit organischen Anteilen und Wurzelresten vollständig entfernt und durch Austauschboden ersetzt werden, da sie minder tragfähig und zur Überbauung nicht geeignet sind. Der Austauschboden wird gemäß DIN 18196 gewählt (z. B. weitgestufte Sand-/ Kiesgemische oder geeignetes, verdichtungsfähiges Recycling-Material) und im trockenen Zustand lagenweise verdichtet. Für Geländeanschlüpfungen, die tlw. erforderlich sind, werden geeignete, frostsichere Füllböden eingebaut.

Angaben zu den betriebsbedingten Auswirkungen lassen sich nur für das Sonstige Sondergebiet „PV-Freiflächenanlage“ machen, da gegenwärtig nicht bekannt ist, welche konkreten gewerblichen Nutzungen sich in den ausgewiesenen Gewerbe- und Industriegebieten etablieren werden.

Der Betrieb der PV-Anlage verläuft weitgehend emissionsfrei. Es kommt zu keinen Lärm-, Staub- oder Geruchsbeeinträchtigungen. Geräuschemissionen durch Transformatoren, die sich negativ auf schutzbedürftige Nutzungen auswirken könnten, sind nicht zu erwarten. Nach Angaben des Herstellers der Transformatoren wird außen ein Immissionsrichtwert von 45 dB eingehalten. Eine Freisetzung von boden-, wasser- oder luftgefährdenden Schadstoffen während des Betriebs der Anlage ist ausgeschlossen. Die PV-Anlage verursacht keine relevanten Spiegel- bzw. Blendeffekte, da die Strahlungsenergie zum größten Teil adsorbiert wird.

Es ergeben sich keine größeren negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden, da aufgrund der Profilform der Ramppfosten, mit denen die PV-Module im Boden verankert werden, der Flächenanteil der Versiegelung nur bei ca. 1 – 2 % liegt.

Nachteilige Auswirkungen durch elektrische und magnetische Felder im Bereich von Wechselrichtern und Transformatoren auf benachbarte Schutzgüter sind aufgrund der geringen Intensität dieser Felder nicht zu erwarten.

Weitere Angaben zu den bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen des Vorhabens sind dem Umweltbericht zu entnehmen, der Bestandteil dieser Begründung ist.

9.3 Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen

Boden wird nur in dem für das Vorhaben unerlässlichen Maß in Anspruch genommen. Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen des Bodens sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- flächensparende Ablagerungen von Baustoffen, Aufschüttungen, Ablagerungen usw.,
- Sicherung der Umgebung der Baustelle vor Befahren,
- sorgfältige Trennung von abgetragenen Ober- und Unterboden,
- sachgemäße Lagerung des Bodens, eventuell Wiedereinbau,

- Bodenpflege während der Lagerung.

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen des Grundwassers sind während der Bautätigkeit folgende Maßnahmen durchzuführen:

- sorgfältige Wartung der Fahrzeuge und Maschinen,
- Vermeidung von Grundwasserfreilegungen,
- Sicherung des Grundwassers vor Ausschwemmung aus Baumaterialien durch Abdeckungen.

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen geschützter Tier- und Pflanzenarten werden die im Gliederungspunkt 7 (Artenschutz) genannten Maßnahmen durchgeführt.

9.4 Verbleibende Beeinträchtigungen

Nach Durchführung der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen verbleiben Eingriffe in Natur und Landschaft.

Die Eingriffe in Natur und Landschaft betreffen den Verlust von Biotoptypen durch Vollversiegelung im Bereich baulicher Anlagen und durch Nutzungsänderungen in weiteren Teilen des Plangeltungsbereiches.

Die genaue Umsetzung der Planung ergibt sich erst zu einem späteren Zeitpunkt. Dies betrifft z. B. die genaue Größe der Gebäudegrundflächen sowie die Anordnung und genaue Abgrenzung weiterer versiegelter Flächen.

9.5 Eingriffsbewertung und Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Die Eingriffsbewertung und die Ermittlung des Kompensationsbedarfs erfolgt gemäß den Abstimmungen mit dem Bauamt und dem Umweltamt des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte vom 24.11.2017 und 10.01.2018 wie folgt:

Der B-Plan Nr. 1 „Mühlenfeld“ von 1991 wurde hinsichtlich der Festsetzungen zur naturschutzrechtlichen Kompensation und hinsichtlich der erfolgten Umsetzung der Kompensationsverpflichtungen ausgewertet. Die Überprüfung erfolgte anhand des bei GAIA MV bereitgestellten Luftbildes von Mai 2016. Zusätzlich fanden Vor-Ort-Begehungen am 27.07.2017 und 09.10.2017 statt. Es ergibt sich folgendes Fazit:

Mit Ausnahme der Festsetzung Nr. 8 des B-Plans von 1991 zu den 6 m bzw. 10 m breiten Gehölzstreifen am nördlichen und südwestlichen Rand des Plangebietes wurde der Ausgleich überwiegend erbracht. Durch die Festsetzung Nr. 8 ergäbe sich bei vollständiger Umsetzung eine insgesamt 9.470 m² große Gehölzfläche, verteilt auf zwei Flächen. Eine Anpflanzung erfolgte bislang auf ca. 1.008 m². Da gemäß der textlichen Festsetzung des B-Plans von 1991 die Anpflanzung erst erfolgen muss, wenn die Inanspruchnahme des jeweiligen Grundstücks für die im B-Plan festgesetzte Nutzung erfolgt ist, liegt kein oder allenfalls ein geringes Umsetzungsdefizit vor. Große Flächen des Plangeltungsbereiches des B-Plans Nr. 1 sind für eine Bebauung bisher noch nicht in Anspruch genommen worden. Bei weiterer/ vollständiger Inanspruchnahme der Grundstücke wären somit noch 8.462 m² flächig mit Gehölzen zu bepflanzen.

Um zu einer kompletten Anpflanzung der genannten Gehölzfläche zu gelangen, wurde in den neuen B-Plan Nr. 1 eine textliche Festsetzung aufgenommen werden, wonach bei Inanspruchnahme der noch nicht baulich genutzten Grundstücke auf 14 % der gewerblichen Bauflächen

(Gewerbegebiete – GE bzw. Industriegebiete - GI) ein Bestand aus standortheimischen Laubgehölzen gemäß den damaligen Festsetzungen hinsichtlich Pflanzdichte und Gehölzqualität anzulegen ist. Damit wären dann im Gebiet des B-Plans Nr. 1 nach Abschluss der Inanspruchnahme der noch freien Flächen die insgesamt rund 9.500 m² angepflanzt.

Da bei den Flächen, die als Gewerbe- bzw. Industriegebiete ausgewiesen werden, ohnehin maximal 80 % der jeweiligen Grundstücksfläche überbaut werden dürfen (GRZ 0,8 gemäß BauN-VO), führt eine solche Festsetzung nicht zu einer Einschränkung der baulichen Möglichkeiten ansiedlungswilliger Gewerbebetriebe.

Beim B-Plan Nr. 1 handelt es sich überwiegend um eine Angebotsplanung; eine lagegenaue Festlegung der Pflanzstreifen auf den einzelnen Baugrundstücken könnte zu unnötigen Beschränkungen der Grundstücksnutzung führen und bei einzelnen Gewerbeansiedlungen Änderungen des B-Plans erforderlich machen. Die naturschutzrechtlichen Festsetzungen des B-Plans Nr. 1 verpflichten zur Kompensation, gewährleisten aber gleichzeitig die aus gewerblicher Sicht günstigste Form der Gliederung und Nutzung der einzelnen Baugrundstücke.

Unter den genannten Umständen kann für die 1. Änderung des F-Plans davon ausgegangen werden, dass durch diese Planung bedingte Eingriffe vollständig kompensiert werden können.

9.6 Geplante Maßnahmen für die Kompensation

Für die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, die die 1. Änderung des F-Plans und die Aufstellung des B-Plans Nr. 1 in den ausgewiesenen Baugebieten möglich machen, werden gemäß den im vorangegangenen Gliederungspunkt gemachten Ausführungen im Geltungsbereich des B-Plans Nr. 1 folgende Kompensationsmaßnahmen durchgeführt:

- Anlage von Laubgehölzbeständen aus standortheimischen Sträuchern auf 14 % der Grundstücksfläche der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des B-Plans Nr. 1 noch nicht bebauten/ gewerblichen Baufläche, keine Verwendung fremdländischer Ziergehölze oder gezüchteter Sorten; die als Kompensation festgelegte Pflanzung auf 14 % der Grundstücksfläche wird so gestaltet, dass kein Wald nach § 2 LWaldG M-V entsteht (maximale Breite der Anpflanzung 25 Meter bzw. zusammenhängende Fläche nicht größer als 2000 m²); Grund für diese Festlegung ist, dass auf der Fläche des B-Plans die nach § 20 LWaldG M-V geforderten 30 Meter Abstand von baulichen Anlagen zum Wald nicht eingehalten werden können und Waldflächen die weitere bauliche Entwicklung des B-Plans beeinträchtigen würden,
- Anlage der Gehölzbestände, sobald die Flächen/ Grundstücke für die ausgewiesene gewerbliche Nutzung in Anspruch genommen werden. Die Anpflanzungen auf den einzelnen Grundstücken sind spätestens in der nach Beendigung der jeweiligen Baumaßnahme zur Errichtung des Gewerbebetriebes (Hauptgebäude) folgenden Vegetationsperiode fertigzustellen.
- Pflanzdichte: ein Gehölz je 1 m² Fläche,
- Gehölzqualität Sträucher: mindestens 2 x verpflanzt, Höhe 125 – 150 cm,
- Fertigstellungspflege inkl. bedarfsweiser Bewässerung bis zu dem nach der Pflanzung folgenden 30.06. eines Jahres,
- Entwicklungspflege inkl. bedarfsweiser Bewässerung: 3 Jahre,
- Eingegangene Gehölze sind in der folgenden Vegetationsperiode mit der gleichen Art und den vorgenannten Qualitäten zu ersetzen.

Die vorgenannten Punkte sind als textliche Festzungen im B-Plan Nr. 1 enthalten.

9.7 Bilanzierung

Die von der Planung verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft können bei Durchführung der vorgenannten Kompensationsmaßnahmen vollständig kompensiert werden.

10 Flächenbilanz

Für die Fläche der 1. Änderung des F-Plans der Stadt Malchin sich folgende Flächenbilanz:

Planfassung	Flächengröße	Flächenausweisung	Flächengröße
rechtskräftiger F-Plan	17,04 ha	Industriegebiet	16,27 ha
		Fläche für eine örtliche Hauptverkehrsstraße	0,34 ha
		Wasserfläche	0,43 ha
1. Änderung des F-Plans	17,04 ha	Gewerbegebiete	7,52 ha
		eingeschränktes Gewerbegebiet	4,33 ha
		Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage	2,97 ha
		öffentliche Grünflächen, Zweckbestimmungen „Grünverbindung“ und „Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme“ (inkl. Kleingewässer/ geschütztes Biotop)	1,88 ha
		Fläche für eine örtliche Hauptverkehrsstraße	0,34 ha

UMWELTBERICHT

11 Einleitung

11.1 Kurzdarstellung des Inhaltes und der wichtigsten Ziele der 1. Änderung des Flächennutzungsplans

Die Stadt Malchin (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) verfügt über einen Flächennutzungsplan (F-Plan), in Kraft getreten am 03.12.2017, an dem in der Ortslage Malchin Änderungen von Flächenausweisungen vorgenommen werden sollen. Anlass für die 1. Änderung des F-Plans ist die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1 „Mühlenfeld“.

Der B-Plan Nr. 1 befindet sich derzeit im Aufstellungsverfahren; dieses endet voraussichtlich Ende 2020.

Die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zur 1. Änderung des F-Plans wurde im Mai und Juni 2020 durchgeführt.

Die Planungsziele dieses B-Plans weichen zum kleineren Teil von den Darstellungen des F-Plans ab, so dass sich gemäß § 8 Abs. 2 BauGB die Notwendigkeit ergibt, den F-Plan in diesem Bereich zu ändern.

Mit der 1. Änderung des F-Plans sollen begleitend zur Aufstellung des B-Plans Nr. 1 die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die im B-Plan Nr. 1 vorgesehenen baulichen Entwicklungen durchführen zu können.

Der Änderungsbereich befindet sich am südöstlichen Rand der Stadt Malchin und hat eine Größe von rund 17 ha.

Durch die 1. Änderung ergeben sich folgende Änderungen am rechtskräftigen F-Plan:

5. Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebietes anstelle eines Industriegebietes,
6. Ausweisung eines Sondergebietes für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage anstelle eines Industriegebietes,
7. Ausweisung von drei Gewerbegebieten anstelle eines Industriegebietes,
8. Ausweisung von öffentlichen Grünflächen anstelle eines Industriegebietes (Zweckbestimmung der Grünflächen: artenschutzrechtliche Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme bzw. Grünverbindung).

Der in den Jahren 1990/91 aufgestellte B-Plan Nr. 1 „Mühlenfeld“ hat lediglich aus formalen Gründen keine Rechtskraft erlangt. Trotz fehlender Rechtskraft konnten innerhalb des Plangebietes auf Grundlage des § 33 Abs. 1 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben während der Planauf-

stellung) die notwendigen Erschließungsanlagen hergestellt werden und sich eine Reihe von Gewerbebetrieben ansiedeln.

Große freie Flächen im Gebiet des B-Plans stehen für weitere Gewerbeansiedlungen zur Verfügung. Die Möglichkeit der Realisierung von Bauvorhaben gemäß § 33 Abs. 1 BauGB wird von der zuständigen Genehmigungsbehörde inzwischen nicht mehr eingeräumt. Um die weitere Entwicklung des Plangebietes voranzutreiben, wird der Bebauungsplan Nr. 1 zurzeit neu aufgestellt.

11.2 Ziele des Umweltschutzes aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen und ihre Berücksichtigung im Bauleitplan

11.2.1 Fachgesetze

Schutzgutübergreifende Ziele

(Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft)

- Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Aufstellung der Bauleitpläne (§ 1 Baugesetzbuch - BauGB)
- Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) (§§ 1, 3 Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG - inkl. Verordnungen)
- Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass
 1. die biologische Vielfalt,
 2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
 3. die Vielfalt, Eigenart u. Schönheit sowie der Erholungswert von Natur u. Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz). (§ 1 Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG)
- Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren. (§ 13 BNatSchG)

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Die Berücksichtigung dieser Umweltziele erfolgt bei der Aufstellung des Bauleitplans u. a. über entsprechende Festsetzungen im B-Plan Nr. 1, der inhaltlich mit der 1. Änderung des F-Plans verknüpft ist (Festsetzungen: z. B. Erhalt und Sicherung der vorhandenen Gehölzbestände und des Kleingewässers/ geschützten Biotops) und im Rahmen der Anwendung der Eingriffsregelung zur Vermeidung unnötiger Eingriffe in den Naturhaushalt (z. B. durch Auswahl eines Gebietes, das Bestandteil des Siedlungsbereiches ist und schon seit langer Zeit für gewerbliche Nutzungen vorgesehen ist) sowie der Kompensation unvermeidbarer Eingriffe (z. B. Festsetzungen für Gehölzanzpflanzungen auf den zukünftig gewerblich genutzten Grundstücken).

Schutzgut Boden

- Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. (§ 1a Baugesetzbuch - BauGB)
- Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen.
Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden. (§ 1 Bundesbodenschutzgesetz - BBodSchG)

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Beim Plangeltungsbereich handelt es sich um ein Gebiet, für das bereits Anfang der 1990er Jahre ein Verfahren zur Aufstellung eines B-Planes durchgeführt wurde. Große Teile des Gebietes wurden bereits bebaut und werden überwiegend gewerblich genutzt. Diese Flächen sind im Zusammenhang bebaut und als baulicher Innenbereich eingestuft. Sämtliche Erschließungsstraßen sind bereits vorhanden. Insofern handelt es sich um ein Gebiet, das bezüglich seiner noch unbebauten Flächen für eine gewerbliche Nutzung prädestiniert ist. Im aktuellen Regionalen Raumentwicklungsprogramm ist dieses Gebiet als regional bedeutsamer Standort für Gewerbe und Industrie ausgewiesen (Z, Ziel der Raumordnung).

Durch die 1. Änderung des F-Plans und die Neuaufstellung des B-Plans Nr. 1 ist außerdem die Möglichkeit gegeben, eine langjährige Altlastenfläche am südöstlichen Rand des Plangebietes, die aus tausenden Altreifen besteht, zu beräumen. Mit der Beräumung wurde bereits begonnen.

Schutzgut Wasser

- Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung (§ 1 Wasserhaushaltsgesetz - WHG)

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Das im Plangebiet vorhandene Kleingewässer ist in der 1. Änderung des F-Plans als geschütztes Biotop gemäß NatSchAG M-V gekennzeichnet und als öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Über einen Grünstreifen besteht Anschluss an ein anderes Kleingewässer, das sich auf einer westlich an das Plangebiet angrenzenden Fläche befindet.

Während der östliche Teil des Plangebietes ein Gebiet ohne nutzbares Grundwasser ist, beträgt der Abstand im westlichen Teil mehr als 10 m. Die Geschütztheit des Grundwassers im westlichen Teil ist „hoch“. Durch die 1. Änderung des F-Plans sind somit keine Beeinträchtigungen nutzbarer Grundwasservorkommen zu erwarten.

Bei der Umsetzung des B-Plans Nr. 1 werden die Ziele des Grundwasserschutzes durch eine entsprechend geregelte Baudurchführung berücksichtigt.

Schutzgut Klima und Luft

- Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. (§ 1a Abs. 5 Satz 1 BauGB)
- Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen zur Erreichung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft)

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Im Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage soll auf umweltfreundliche Weise Strom aus regenerativen Quellen erzeugt und pro Jahr in erheblichem Umfang CO₂ eingespart werden. Dieses Planvorhaben trägt dazu bei, den Anteil erneuerbarer Energien aus solarer Strahlungsenergie aus Gründen des Ressourcen- und Klimaschutzes zu erhöhen. Dem Klimawandel wird damit entgegengewirkt.

Die Lage der Gewerbe-/ Industriegebiete am südöstlichen Rand der Stadt Malchin bietet die Gewähr, dass negative Auswirkungen auf schutzbedürftige Nutzungen geringer ausfallen als an Standorten, die sich näher an Gebieten mit überwiegender Wohnnutzung befinden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass durch die vorherrschende westliche Windrichtung negative Auswirkungen auf schutzbedürftige Nutzungen reduziert werden.

Positive Klimaeffekte ergeben sich durch die ausgewiesenen Grünflächen und die auf den Gewerbegrundstücken zu tätigen Gehölzpflanzungen.

11.2.2 Fachplanungen

Landschaftsprogramm

Für das Schutzgut Boden gibt das Landschaftsprogramm (UM M-V 2003) folgende Leitlinien mit Relevanz für den Plangeltungsbereich vor:

- Der Verbrauch der Ressource Boden als nicht oder nur in sehr langen Zeiträumen regenerierbares Naturgut ist so gering wie möglich zu halten. Seine Inanspruchnahme durch Versiegelung soll soweit wie möglich begrenzt werden.
- Die natürliche Vielfalt an Bodenarten und Bodentypen sowie an Oberflächenformen als Ergebnis der jungpleistozänen Entwicklung soll erhalten werden. Daher soll der Boden so genutzt werden, dass seine natürlichen Funktionen gesichert sind.

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Die Bodenversiegelung und damit der Verbrauch der Ressource Boden kann im Plangebiet nur bedingt begrenzt werden. Die konkrete Regelung dazu erfolgt im B-Plan Nr. 1. Gewerbliche Ansiedlungen in diesem schon seit langer Zeit dafür vorgesehenen Gebiet sind aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege sinnvoll, um die Überbauung von Standorten in der freien Landschaft zu vermeiden. Auf der für die Photovoltaik-Freiflächenanlage vorgesehenen Fläche werden die Bodenfunktionen geschont, da nur in sehr geringem Umfang in den Boden eingegriffen wird. Pestizide, künstlicher Dünger etc. werden im Gegensatz zur landwirtschaftlichen Nutzung dort nicht eingesetzt.

Für das Schutzgut Grundwasser gibt das Landschaftsprogramm (UM M-V 2003) folgende Leitlinien mit Relevanz für den Plangeltungsbereich vor:

- Die Verfügbarkeit und die Qualität des Grundwassers als wichtigste Ressource für die Trinkwasserversorgung und als wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung funktionsfähiger Wasserkreisläufe sollen dauerhaft gesichert werden. Dabei soll die Ressource Grundwasser sowohl in quantitativer Hinsicht als auch hinsichtlich der Qualität geschützt werden.
- Einen besonderen Schutz sollen Bereiche mit unbeeinträchtigten Grundwasservorkommen, mit einem hohen Grundwasserneubildungspotenzial, mit einem hohen Grundwasserdargebot sowie mit ungeschützten Grundwasservorkommen erfahren (Vermeidung von Versiegelung, Schad- und Nährstoffeintrag etc.).

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Wie bereits dargestellt, ist der östliche Teil des Plangebietes ein Bereich ohne nutzbares Grundwasser. Im westlichen Teil beträgt der Abstand zum Grundwasser mehr als 10 m. Die Geschüttheit des Grundwassers im westlichen Teil ist „hoch“.

Positiv ist, dass sich durch die 1. Änderung des F-Plans und durch die Aufstellung des B-Plans Nr. 1 die Möglichkeit der Beseitigung der Altlast aus alten Reifen am südöstlichen Rand des Plangebietes ergibt. Mit der Beräumung wurde bereits begonnen.

Bei der Umsetzung der Planung im B-Plan Nr. 1 werden die Ziele des Grundwasserschutzes durch eine entsprechend geregelte Baudurchführung berücksichtigt.

Folgende Leitlinien mit Relevanz für den Plangeltungsbereich werden durch das Landschaftsprogramm für das Schutzgut Klima und Luft vorgegeben:

- Die im bundesweiten Vergleich gute Luftqualität soll sowohl zum Schutz der menschlichen Gesundheit als auch empfindlicher Bestandteile des Naturhaushaltes erhalten und lokal (z. B. in großen Städten) verbessert werden. Eine Reduzierung von Schadstoffemissionen aus Straßenverkehr und Hausbrand soll insbesondere durch den Einsatz erneuerbarer

Energien und Maßnahmen der Energieeinsparung sowie Maßnahmen zur Verminderung des Verkehrsaufkommens und zur Verringerung des Schadstoffausstoßes erreicht werden.

- Zum Schutz empfindlicher Ökosysteme (v. a. Wälder, Magerstandorte, Heiden, Feuchtgebiete, Gewässer) und Arten ist eine Überschreitung von critical loads für bestimmte Stoffe zu vermeiden, insbesondere hinsichtlich eutrophierender Stickstoffeinträge, Säureeinträge, Schwermetalle und persistenter organischer Verbindungen (POP).

Berücksichtigung im Bauleitplan:

Inwieweit sich durch die 1. Änderung des F-Plans und den B-Plan Nr. 1 Auswirkungen auf das Schutzgut Klima und Luft ergeben, kann nicht vorhergesagt werden. Da überwiegend Gewerbe- und Industriegebiete ausgewiesen werden, sind negative Auswirkungen möglich. Konkret hängen die Auswirkungen aber davon ab, welche Gewerbe- bzw. Industriebetriebe sich im Gebiet ansiedeln. Positiv ist, dass in einem Teil des Gebietes eine PV-Freiflächenanlage entsteht. Hier ist sichergestellt, dass negative Auswirkungen auf das Klima und die Luft nicht entstehen.

Bezüglich des Schutzgutes Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft trifft das Landschaftsprogramm keine Aussagen, die für das Plangebiet relevant sind.

Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan

Der aktuelle Gutachtliche Landschaftsrahmenplan (GLRP) von 2011 stellt das geschützte Biotop (Kleingewässer) im Plangebiet dar, macht sonst aber keine weiteren Angaben, da das Plangebiet Bestandteil des Siedlungsbereiches der Stadt Malchin ist.

Auch wenn es sich bei den noch nicht bebauten Flächen des Plangebietes um landwirtschaftlich genutzte Bereiche handelt, sind vom Landschaftsrahmenplan für die Agrarlandschaft formulierte allgemeine Erfordernisse in diesem Fall aufgrund der Lage innerhalb des Siedlungsbereiches nicht zutreffend.

Landschaftsplan

Der Landschaftsplan der Stadt Malchin enthält keine Angaben zum Plangebiet.

12 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

12.1 Bestandsaufnahme

12.1.1 Schutzgut Mensch

Im Plangebiet haben sich sieben Gewerbebetriebe und der Stadtbauhof Malchin angesiedelt. Außerdem sind mehrere Wohngebäude vorhanden, die den Gewerbebetrieben zugeordnet sind (überwiegend Betriebsinhaber).

Der zentrale Bereich des Plangebietes wird von Spaziergängern für die Naherholung genutzt.

Im Norden grenzt eine Kleingartenanlage an das Plangebiet an, westlich handelt es sich um ein großes Gewerbegebäude, in dem auch einige Wohnungen untergebracht sind. Der Radweg entlang der Kreisstraße K 3 (südlicher Rand des Plangebietes) und die Straße „Mühlenfeld“ im Plangebiet werden regelmäßig von Radfahrern genutzt, u. a. für die Umrundung des Kummerower Sees. Die K 3 ist Bestandteil der „Deutschen Alleenstraße“.

12.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Im Plangebiet kommen folgende Biotoptypen vor:

- Siedlungsfläche,
- Ackerfläche,
- Straße und Weg (inkl. Begleitgrün),
- Ruderale Gras- und Staudenflur (tlw. mit einzelnen Gehölzen),
- Kleingewässer mit Verlandungsbereich und Ufergehölzen,
- Laubgehölzfläche aus einheimischen Arten,
- Hochstaudenflur stark entwässerter Moor- und Sumpfstandorte,
- Laubgehölzfläche aus Ziersträuchern.

Die Siedlungs- und die Ackerflächen nehmen die größten Flächenanteile ein. Der Gliederungspunkt 7 „Artenschutz“ enthält Angaben zur Tierwelt.

12.1.3 Schutzgut Boden

Aus geologischer Sicht besteht der größte Teil des Plangebietes in der oberen Schicht aus Geschiebemergel der Hochflächen (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Zungenartig ragen feine Beckenablagerungen in der Endmoräne von Westen aus kommend in nördlicher und in östlicher Richtung in das Plangebiet hinein (ebd.).

Im Bereich des Geschiebemergels ist ein Geschiebelehm-Mosaik anzutreffen (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Dort, wo die Beckenablagerungen vorhanden sind, liegt ein Geschiebelehm-Sand-Mosaik vor.

12.1.4 Schutzgut Wasser

Das Plangebiet wird im Hinblick auf den Grundwasserflurabstand in etwa mittig durch eine von Nordosten nach Südwesten verlaufende Diagonale geteilt (www.umweltkarten.mv-regierung.de/script/, Zugriff am 28.08.2017). Während der östliche Teil ein Gebiet ohne nutzbares Grundwasser ist, beträgt der Abstand im westlichen Teil mehr als 10 m (ebd.). Die Geschützttheit des Grundwassers im westlichen Teil ist „hoch“ (ebd.).

In der Begründung wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich innerhalb des Plangebietes ein geschütztes Kleingewässer befindet.

12.1.5 Schutzgüter Klima und Luft

Die Mecklenburgische Schweiz liegt makroklimatisch an der Grenze zwischen dem mittelmecklenburgischen und dem ostmecklenburgischen Klimagebiet. Im mittelmecklenburgischen Gebiet

ist das Klima stärker maritim beeinflusst als im nach Osten anschließenden Bereich. Die Grenze zwischen den beiden Großklimaformen verläuft westlich am Kummerower See und der Stadt Malchin vorbei und geht dann Richtung Süden. Für den Bereich des Malchiner Beckens beträgt das Jahresmittel der Lufttemperatur 8,0 °C, die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge liegt zwischen 560 und 600 mm (LFG 2005 in STALU MM 2014).

In Abhängigkeit vom Bodenrelief ergeben sich innerhalb der Stadt klimatische Differenzierungen. In den tiefergelegenen Flächen kommt es vor allem in windschwachen und wolkenarmen Nächten zu Kaltluftbildung, außerdem weisen sie Früh- und Spätfröste auf.

Die Folgen des Klimawandels werden langfristig auch im Planungsgebiet zu spüren sein. In den vergangenen 50 Jahren ist die Temperatur in Mecklenburg-Vorpommern bereits um 0,8° C angestiegen. Je nach Klimamodell wird ein Anstieg der Jahresmitteltemperatur für M-V bis zum Zeitraum 2021 - 2050 zwischen ca. 0,75°C und ca. 1,75°C prognostiziert.

Die Anzahl der Eis- ($T_{\max} < 0^{\circ}\text{C}$) und Sommertage ($T_{\max} \geq 25^{\circ}\text{C}$) würde sich im Vergleich zu den gegenwärtigen klimatischen Verhältnissen bis zum Ende des laufenden Jahrhunderts in etwa halbieren bzw. verdoppeln. Bis zum Ende des Jahrhunderts werden sich die Jahresniederschlagsmengen in Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nur relativ geringfügig ändern. Es ist jedoch mit einer deutlichen Verschiebung des Niederschlagszyklus zu rechnen. Während es in den Wintermonaten bis zum Ende des laufenden Jahrhunderts erheblich nasser werden dürfte, muss in den Sommermonaten gleichzeitig mit einer deutlichen Abnahme der mittleren Niederschlagsmenge gerechnet werden. (vgl. „Folgen des Klimawandels in Mecklenburg-Vorpommern 2010“, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern 2010).

Für das Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns ist insgesamt mit höheren Kohlendioxid-Konzentrationen, Temperaturerhöhungen, häufigeren Extremwetterereignissen und ungünstigeren Niederschlagsverteilungen zu rechnen (MLUV 2012, Agrarbericht 2011).

In Bezug auf die lufthygienische Situation liegen keine spezifischen Angaben für das Planungsgebiet vor. Die landesweite Überwachung der Schadstoffkonzentrationen der Luft hat für Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Benzol und Blei für das Jahr 2013 Werte ergeben, die landesweit deutlich unterhalb der gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit und zum Schutz der Vegetation lagen. Beim Schwermetallgehalt und beim Gehalt an Benzo(a)pyren (Marker für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) lagen die Werte deutlich unterhalb der zum Schutz der menschlichen Gesundheit festgelegten Zielwerte der 39. BImSchV. Bei den überwiegend durch den motorisierten Verkehr verursachten Stickstoffdioxidimmissionen und beim Feinstaub ist davon auszugehen, dass die Grenzwerte im Planungsgebiet sicher eingehalten werden. Die Ozon-Werte schwanken von Jahr zu Jahr stark in Abhängigkeit von der Witterung. Hochsommerliche Wetterlagen mit starker Einstrahlung begünstigen die bodennahe Ozonbildung. (<http://www.lung.mv-regierung.de/umwelt/luft/ergebn13.htm>)

Die Lage des Plangebietes am südöstlichen Rand von Malchin wirkt sich günstig aus, da Winde aus südöstlicher Richtung im langjährigen Durchschnitt deutlich seltener auftreten als Westwinde.

12.1.6 Schutzgut Landschaft

Das Planungsgebiet liegt am südöstlichen Rand des Stadtgebietes Malchin. Hinsichtlich seiner naturräumlichen Gliederung ist es wie folgt einzustufen:

- Landschaftszone: Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte,
- Großlandschaft: Oberes Peenegebiet,
- Landschaftseinheit: Kuppiges Peenegebiet mit Mecklenburger Schweiz.

Das Planungsgebiet ist in Bezug auf die Genese (Entstehung von Gesteinen) als Grundmoräne einzustufen.

Der größte Teil des Plangebietes weist Höhen zwischen ca. 9 und ca. 14 m über NHN (Normalhöhennull) auf (www.gaia-mv.de/gaia/gaia.php, Zugriff am 28.08.2017). Das Gelände steigt in südöstliche und nordöstliche Richtung hin leicht an (ebd.). Im Bereich des Kleingewässers ist eine Senkenlage vorhanden.

Die Richtung Osten und Richtung Süden angrenzenden Gebiete sind durch ackerbauliche Nutzungen geprägt. Nördlich und westlich grenzen Siedlungsbereiche der Stadt Malchin an.

12.1.7 Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter

Im nördlichen und südlichen Teil des Plangebietes befinden sich sieben Gewerbebetriebe und der Stadtbauhof Malchin; außerdem sind im nördlichen Teil mehrere Einfamilienhäuser von Betriebsinhabern vorhanden. Das Plangebiet wird durch die Straße „Mühlenfeld“ erschlossen. An dieser Erschließungsstraße existieren in Parallelaufstellung zahlreiche Parkplätze. Am westlichen Rand des Plangebietes betreibt der Wasserzweckverband Malchin Stavenhagen eine Abwasserpumpstation.

12.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes

12.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Baubedingte potenzielle Wirkungen ergeben sich aus der zeitlich begrenzten Inanspruchnahme von Flächen durch Baustelleneinrichtungen, die Einrichtung von Arbeitsstreifen und Lagerplätzen, Erd- und Gründungsarbeiten, Geländemodellierungen sowie für Bauverkehrsflächen. Es können temporäre Scheuchwirkungen für Tiere im naturnahen Umfeld, temporäre Schadstoffemissionen durch Baustellenverkehr und Betriebsmittel und temporäre optische Störung durch Baufahrzeuge auftreten.

Schutzgut Mensch

Durch die 1. Änderung des F-Plans und den B-Plan Nr. 1 soll in erster Linie Baurecht für die noch unbebauten Flächen des Plangebietes geschaffen werden. Sollten sich dort wie gewünscht Gewerbebetriebe ansiedeln, entstünden neue Arbeitsplätze. Für die Stadt Malchin ergäben sich voraussichtlich zusätzliche Steuereinnahmen.

Angaben zu möglichen künftigen Emissionen (Lärm, Staub etc.) sind nicht möglich, da nicht vorauszusehen ist, ob und wenn ja, welche Betriebe sich im Plangebiet ansiedeln.

Der zentrale, derzeit unbebaute Bereich des Plangebietes wird aktuell regelmäßig von Spaziergängern und Radfahrern für die Naherholung genutzt. Bei Gewerbeansiedlungen in diesem Bereich wird die Erholungseignung voraussichtlich gemindert.

Dem Schutzanspruch der nördlich an das Plangebiet angrenzenden Kleingartenanlage gemäß den Vorgaben der DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) und der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) wird durch die Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebietes im nördlichen Teil des Plangebietes Rechnung getragen. Dort sind nur nicht bzw. nicht wesentlich störende gewerbliche oder vergleichbare Nutzungen zulässig (wie in Allgemeinen Wohngebieten und in Mischgebieten gemäß Baunutzungsverordnung).

Schalltechnische Untersuchungen sind im Rahmen des B-Plan-Verfahrens gemäß der Abstimmung mit dem LK MSE und dem LUNG M-V vom 10.01.2020 nicht erforderlich. Bei Bedarf werden sie von den o. g. Genehmigungsbehörden im Genehmigungsverfahren bei der Ansiedlung oder der Erweiterung von Betrieben gefordert. Und zwar dann, wenn sich Betriebe ansiedeln oder erweitern wollen und von stärkeren Lärmemissionen auszugehen ist. Diese Betriebe müssen sich dann daran orientieren, welche Lärmimmissionen am südlichen Rand der Kleingartenanlage auf Grundlage der bereits vorhandenen Lärmeinwirkungen noch möglich sind, ohne die für die Kleingartenanlage geltenden Richtwerte zu überschreiten. Für sich neu ansiedelnde oder sich erweiternde Betriebe steht dann ggf. nur noch ein eingeschränktes Lärmkontingent zur Verfügung.

Schutzgut Tiere und Pflanzen

Bei einer Umsetzung der Planung käme es zu einer Beseitigung von Flächen der Biotoptypen Lehmacker, ruderale Staudenflur frischer bis trockener Mineralstandorte und Hochstaudenflur stark entwässerter Moor- und Sumpfstandorte. Der erstgenannte Biotoptyp wäre am stärksten betroffen.

Auf einer Fläche von rund 3 ha soll die Landwirtschaftsfläche in extensiv genutztes Grünland umgewandelt und darauf eine Photovoltaik-Freiflächenanlage errichtet werden.

Zur Kompensation von Eingriffen werden auf bestimmten unbebauten Flächen im Plangebiet flächenhaft standortheimische Laubgehölze angepflanzt. Genauere Regelungen dazu sind im B-Plan Nr. 1 enthalten.

Bei Umsetzung der vorgenannten Kompensationsmaßnahme und der im Gliederungspunkt „Artenschutz“ genannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie aufgrund der Anlage einer extensiv genutzten Grünlandfläche im Bereich der PV-Freiflächenanlage kann das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände vermieden werden. Negative Auswirkungen auf die Tierwelt sind dann nur in geringem Umfang zu erwarten.

Schutzgut Boden

Bei Umsetzung der Planung kommt es durch Bodenauf- und -abtrag, -verdichtung und -versiegelung großflächig zum Verlust von Bodenfunktionen (Speicher- und Pufferfunktionen, Lebensraumfunktion etc.). Dies gilt nicht für den Bereich, in dem die PV-Freiflächenanlage vorgesehen ist und ebenso nicht für das übrige noch unbebaute Gebiet auf einem Flächenanteil von 14 %, da auf diesen Flächen zur Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft standortheimische Laubgehölze anzupflanzen sind.

Bei der Umsetzung der Planung müssen im Bereich der geplanten baulichen Anlagen Mutterbodenschichten und die humifizierte Auffüllungen mit organischen Anteilen und Wurzelresten vollständig entfernt und durch Austauschboden ersetzt werden, da sie minder tragfähig und zur Überbauung nicht geeignet sind.

Schutzgut Wasser

Durch eine flächenmäßig großzügige Ausweisung als öffentliche Grünfläche wird das im Plangebiet befindliche Kleingewässer geschützt. Eine erhebliche Beeinträchtigung dieses Oberflächengewässers ist durch die angrenzende Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten und die damit verbundene Versiegelung nicht zu befürchten.

Mit größeren negativen Auswirkungen auf das Grundwasser ist bau-, anlage- und betriebsbedingt nicht zu rechnen.

Schutzgüter Klima und Luft

Mikroklimatisch ergeben sich bei Umsetzung der Planung größere Veränderungen. Die großflächige Versiegelung von Boden führt zu stärkerer Erhitzung der bodennahen Luftschichten. Versiegelte Böden können kein Wasser verdunsten, weshalb sie im Sommer nicht zur Kühlung der Luft beitragen. Da sie als Standort für Pflanzen ausfallen, fehlen diese auch als Schattenspendler. Ausgleichend können die Flächen für die Anlage von Laubgehölzen dienen, die bei den unbebauten Flächen auf einem Flächenanteil von 14 % anzulegen sind. Allerdings ergibt sich erst im Zuge der Umsetzung der Planung, wo diese Pflanzflächen genau entstehen.

Prognosen, welche Auswirkungen sich durch die Planung auf die Luft ergeben, sind nicht möglich, da nicht absehbar ist, ob und welche Arten von Gewerbebetrieben sich im Plangebiet ansiedeln werden. Durch die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe ergeben sich mehr Fahrzeugbewegungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Luftgüte.

Schutzgut Landschaft

Das Landschaftsbild erfährt durch die Umsetzung der Planung im unbebauten Teil des Plangebietes eine grundlegende Neugestaltung. Der bisherige landschaftliche Charakter der unbebauten Flächen geht verloren und verändert sich hin zu einem gewerblich geprägten Siedlungsbereich. Mit der Anlage von Gehölzflächen mit standortheimischen Laubgehölzen ist eine Durchgrünung des Gebietes verbunden.

Über die Alleebäume an der südlich an das Plangebiet angrenzenden Kreisstraße ist in dieser Richtung eine Eingrünung des Plangebietes gegeben.

12.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei einer Nichtdurchführung der Planung ist damit zu rechnen, dass das Gebiet in der bisherigen Form und mit den bisherigen Nutzungen erhalten bleibt. Allerdings können auch ohne Aufstellung des B-Plans Nr. 1 bestimmte bauliche Anlagen in denjenigen Bereichen realisiert werden, die vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte baurechtlich als Innenbereich eingestuft werden. Für die übrigen unbebauten Flächen bestehen keine Möglichkeiten einer Bebauung in der geplanten Form.

12.3 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

12.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Auswirkungen

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen des Bodens sind bei der Umsetzung der Planung folgende Maßnahmen durchzuführen:

- flächensparende Ablagerungen von Baustoffen, Aufschüttungen, Ablagerungen usw.,
- Sicherung der Umgebung der Baustelle vor Befahren,
- sorgfältige Trennung von abgetragenen Ober- und Unterboden,
- sachgemäße Lagerung des Bodens, eventuell Wiedereinbau,
- Bodenpflege während der Lagerung.

Das Grundwasser soll während der Bautätigkeiten durch folgende Maßnahmen geschützt werden:

- sorgfältige Wartung der Fahrzeuge und Maschinen,
- Vermeidung von Grundwasserfreilegungen,
- Sicherung des Grundwassers vor Ausschwemmung aus Baumaterialien durch Abdeckungen.

Um nachteilige Auswirkungen auf geschützte Tierarten zu vermeiden sind folgende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vorgesehen:

- V1 Amphibien/ Vögel/ Fledermäuse: Das Kleingewässer inklusive deren Ufervegetation und der Gehölzsaum wird erhalten (Flurstück 183/62). Die Verlandung wird regelmäßig, jedoch außerhalb der Vogelbrutzeit und innerhalb eines für Amphibien günstigen Monats, d. h. im Oktober, zurückgenommen, so dass eine freie Wasserfläche von mind. 50 m² dauerhaft zur Verfügung steht.
- V2 Vögel (z. B. Neuntöter)/ Fledermäuse: Die Feldhecke/ Gebüsche entlang der Bahnstrecke wird/ werden erhalten.
- V3 Laubfrosch/ Vögel: Gegebenenfalls notwendige Gehölzrodungen werden nur außerhalb der Brutzeit, d.h. im Zeitraum Oktober bis März, durchgeführt.
- V4 Amphibien: Um Störungen, Verletzungen und Tötungen zu vermeiden, sind während der Haupt-Wanderungszeiten von Amphibien, also im Zeitraum September/ Oktober und März/ April, Amphibienschutzzäune um Baugruben aufzustellen oder es dürfen keine Baugruben angelegt werden.
- V5 Zauneidechse/ Vögel: Fläche der PV-Freiflächenanlage: Nicht bebaute Flächen sind als naturnahe Wiese oder Weide zu entwickeln. Eine jährliche Mahd wird jeweils im August durchgeführt. Es kann auch eine Beweidung (z. B. mit Schafen) ab August erfolgen. Das Mähgut ist zur Aushagerung zu entfernen, kein Mulchen. Der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist unzulässig.

12.3.2 Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz nachteiliger Auswirkungen

Für die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft, die die 1. Änderung des F-Plans und der B-Plan Nr. 1 in den Baugebieten möglich machen, werden folgende Maßnahmen zum Ausgleich bzw. Ersatz durchgeführt:

- Anlage von Laubgehölzbeständen aus standortheimischen Sträuchern auf 14 % der Grundstücksfläche der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des B-Plans Nr. 1 noch nicht bebauten/ gewerblichen Baufläche, keine Verwendung fremdländischer Ziergehölze oder gezüchteter Sorten,
- Anlage der Gehölzbestände, sobald die Flächen/ Grundstücke für die ausgewiesene gewerbliche Nutzung in Anspruch genommen werden. Die Anpflanzungen auf den einzelnen Grundstücken sind spätestens in der nach Beendigung der jeweiligen Baumaßnahme zur Errichtung des Gewerbebetriebes (Hauptgebäude) folgenden Vegetationsperiode fertigzustellen.
- Pflanzdichte: ein Gehölz je 1 m² Fläche,
- Gehölzqualität Sträucher: mindestens 2 x verpflanzt, Höhe 125 – 150 cm,
- Fertigstellungspflege inkl. bedarfsweiser Bewässerung bis zu dem nach der Pflanzung folgenden 30.06. eines Jahres,
- Entwicklungspflege inkl. bedarfsweiser Bewässerung: 3 Jahre,
- Eingegangene Gehölze sind in der folgenden Vegetationsperiode mit der gleichen Art und den vorgenannten Qualitäten zu ersetzen.

Die vorgenannten Punkte sind als textliche Festsetzungen im B-Plan 1 enthalten.

12.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Das Plangebiet ist aufgrund seiner Lage am südöstlichen Stadtrand und aufgrund seiner bisherigen Ausprägung prädestiniert für die vorgesehenen Nutzungen. Mit Ausnahme der PV-Freiflächenanlage ist es in ähnlicher Form bereits im F-Plan enthalten. Außerdem wurde das Plangebiet des B-Plans Nr. 1 bereits in den 1990er Jahren in dieser Form als B-Plan konzipiert und in großen Teilen entsprechend umgesetzt. Nicht aus inhaltlichen, sondern lediglich aus formalen Gründen hat der in den 1990er Jahren begonnene B-Plan Nr. 1 keine Rechtskraft erlangt. Auf Grundlage der Ausweisungen des B-Plans Nr. 1 wurden Bauvorhaben über viele Jahre vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte genehmigt. Die Erschließungsstraßen wurden bereits hergestellt und die notwendigen Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt. Mit leichten Modifizierungen kann das Gebiet nun seiner ursprünglichen, sinnvollen Bestimmung zugeführt werden.

13 Zusätzliche Angaben

13.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung

Das Vorgehen im Rahmen der Umweltprüfung umfasst verschiedene Bearbeitungsstufen:

- Bestandsaufnahme, Kartieren und Bewerten des Plangebietes, teilweise auch angrenzender Flächen,
- Beachten fachgesetzlicher Vorgaben, Programmatiken und fachlicher Standards,
- Auswerten vorliegender Planungen und Fachgutachten zum Plangebiet bzw. zur näheren Umgebung,
- Auswerten vorliegender Informationsquellen zur Umweltsituation,
- Bewerten der ausgewerteten Quellen, Erarbeiten von Empfehlungen und Hinweisen zum Planverfahren, insbesondere hinsichtlich erforderlicher Festsetzungen im Bebauungsplan oder vertraglicher Regelungen.

Zu den Methoden der durchgeführten Bearbeitungsschritte gehören u.a. die empirische Bestandsaufnahme vor Ort, Fotodokumentation, verbal-argumentative Bewertung und weitere fachlich übliche Methoden.

Bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetretene Schwierigkeiten:

Bei der Zusammenstellung der Angaben sind keine Schwierigkeiten aufgetreten.

13.2 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bebauungsplanes auf die Umwelt

Die Gemeinden überwachen die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Sie nutzen dabei die im in diesem Gliederungspunkt angegebenen Überwachungsmaßnahmen und die Informationen der Behörden nach § 4 Abs. 3 BauGB.

Mögliche unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen der 1. Änderung des F-Plans und des B-Plans Nr. 1 auf die Artenschutzbelange sollen durch Überprüfung der Wirksamkeit der dargestellten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen überwacht werden.

Zu prüfen ist zu einem späteren Zeitpunkt auch, ob die vorgesehenen Gehölzpflanzungen entsprechend der Planung ausgeführt wurden und ihre Funktion voraussichtlich erfüllen.

Zur Überprüfung der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen sollte bei Umsetzung der Planung jedes Jahr eine Begehung zwischen Mai und September durchgeführt werden. An den Begehungen sollten das Bauamt der Stadt Malchin und die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte teilnehmen. Ergeben sich unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt sollten im gegenseitigen Einvernehmen Abhilfemaßnahmen festgelegt werden.

Die geplanten Begehungen sollten über die artenschutzrechtlichen Belange hinaus auch dazu genutzt werden, um zu überprüfen, ob die umgesetzten Maßnahmen zur Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft ihren Zweck erfüllen.

Die Ergebnisse der Begehungen und Begutachtungen sollten in Bild und Text dokumentiert werden.

Zur Überwachung möglicher unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen auf den Artenschutz werden auch die Informationen genutzt, die die Behörden nach § 4 Abs. 3 BauGB den Gemeinden nach der Aufstellung des Bauleitplans zukommen lassen, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Der Bebauungsplan Nr. 1 enthält Festsetzungen, wie die Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Mittels der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege soll sichergestellt werden, dass sich die Maßnahmen sachgerecht entwickeln und ihre ökologischen Funktionen aufnehmen und erfüllen können. Mit einer dauerhaften Pflege der Flächen wäre ihre Funktionserfüllung gewährleistet.

Unabhängig von den genannten Begehungen kann die Untere Naturschutzbehörde z. B. durch stichprobenartige Kontrolluntersuchungen überprüfen, ob die geplante Funktionserfüllung der verschiedenen Maßnahmen tatsächlich greift. Bei festgestellten Abweichungen von den Maßnahmenzielen können erforderliche Maßnahmenkorrekturen und -ergänzungen vorgenommen werden, um möglichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

14 Allgemein verständliche Zusammenfassung der Angaben des Umweltberichtes

Das Plangebiet befindet sich am südöstlichen Rand der Stadt Malchin und hat eine Größe von rund 17 ha. Es wird durch die Straße „Mühlenfeld“ erschlossen und ist über die Kreisstraße K 3 an die Bundesstraße B 104 angebunden. Teile des Plangebietes sind bereits bebaut. Es handelt sich überwiegend um Gewerbebetriebe, teilweise auch um Wohngebäude, die von Betriebsinhabern, -leitern etc. genutzt werden. Größere Flächen stehen für weitere Gewerbeansiedlungen zur Verfügung. Die bislang nicht bebauten Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Vorhanden sind außerdem u. a. ein Kleingewässer, kleinere Gehölzflächen und Staudenfluren und eine größere Altlastenfläche, auf der seit mehreren Jahren alte Autoreifen lagern.

Die 1. Änderung des F-Plans sieht neben einer öffentlichen Straßenverkehrsfläche (örtliche Hauptverkehrsstraße) anstelle von Industriegebieten Gewerbegebiete, ein eingeschränktes Gewerbegebiet, ein Sondergebiet für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage und öffentliche Grünflächen vor.

Aus dem Baugesetzbuch, dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Naturschutzausführungsgesetz M-V und weiteren Gesetzen und Fachplanungen (z. B. Landschaftsprogramm und Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan) resultieren für den B-Plan zu beachtende Ziele des Umweltschutzes,

die u. a. die Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft betreffen.

Die Berücksichtigung dieser Umweltziele erfolgt bei der 1. Änderung des F-Plans und der Aufstellung des inhaltlich mit der F-Plan-Änderung verknüpften B-Plans Nr. 1 „Mühlenfeld“ u. a. durch bestimmte Flächenausweisungen und über entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan (z. B. Erhalt und Sicherung der vorhandenen Gehölzbestände und des Kleingewässers/ geschützten Biotops). Außerdem erfolgt die Berücksichtigung im Rahmen der Anwendung der Eingriffsregelung zur Vermeidung unnötiger Eingriffe in den Naturhaushalt (z. B. durch Auswahl eines Gebietes, das Bestandteil des Siedlungsbereiches ist und schon seit langer Zeit für gewerbliche Nutzungen vorgesehen ist) sowie durch die Kompensation unvermeidbarer Eingriffe (z. B. Festsetzungen für Gehölzanpflanzungen auf den zukünftig gewerblich genutzten Grundstücken). Ziele z. B. des Grundwasser- und des Bodenschutzes sollen bei der Umsetzung der Planung auch durch entsprechend geregelte Baudurchführungen berücksichtigt werden.

Im Plangebiet haben sich bislang sieben Gewerbebetriebe und der Stadtbauhof Malchin angesiedelt, dazu sind einige Wohngebäude für Betriebsinhaber entstanden. Bestimmte Bereiche des Plangebietes werden von Spaziergängern für die Naherholung genutzt.

Im Plangebiet kommen als Biotoptypen Siedlungsflächen, Ackerflächen, Straßen und Wege (inkl. Begleitgrün), Ruderale Gras- und Staudenfluren (tlw. mit einzelnen Gehölzen), Kleingewässer mit Verlandungsbereich und Ufergehölzen, Laubgehölzflächen aus einheimischen Arten, Hochstaudenfluren stark entwässerter Moor- und Sumpfstandorte und Laubgehölzflächen aus Ziersträuchern vor. Die Siedlungs- und die Ackerflächen nehmen die größten Flächenanteile ein.

Aus geologischer Sicht besteht der größte Teil des Plangebietes in der oberen Schicht aus Geschiebemergel der Hochflächen. Zungenartig ragen feine Beckenablagerungen in der Endmoräne von Westen aus kommend in nördlicher und in östlicher Richtung in das Plangebiet hinein).

Das Plangebiet wird im Hinblick auf den Grundwasserflurabstand in etwa mittig durch eine von Nordosten nach Südwesten verlaufende Diagonale geteilt. Während der östliche Teil ein Gebiet ohne nutzbares Grundwasser ist, beträgt der Abstand im westlichen Teil mehr als 10 m. Die Geschütztheit des Grundwassers im westlichen Teil ist „hoch“.

Der größte Teil des Plangebietes weist Höhen zwischen ca. 9 und ca. 14 m über NHN (Normalhöhennull) auf. Das Gelände steigt in südöstliche und nordöstliche Richtung hin leicht an. Im Bereich des Kleingewässers ist eine Senkenlage vorhanden.

Die Richtung Osten und Richtung Süden angrenzenden Gebiete sind durch ackerbauliche Nutzungen geprägt. Nördlich und westlich grenzen Siedlungsbereiche der Stadt Malchin an.

Bei Durchführung der Planung ergäben sich bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben neue Arbeitsplätze und ggf. Steuereinnahmen für die Stadt Malchin. Negative Auswirkungen auf die nördlich angrenzende Kleingartenanlage sind nicht zu befürchten. Andere schutzbedürftige Nutzungen sind nicht betroffen.

Bei vollständiger Umsetzung der Planung würden Landwirtschaftsflächen, ruderale Staudenfluren frischer bis trockener Mineralstandorte und Hochstaudenfluren stark entwässerter Moor- und Sumpfstandorte beseitigt werden, um diese Flächen gemäß Baunutzungsverordnung für die in den ausgewiesenen Baugebieten zulässigen Nutzungen zu verwenden. Auf einer Fläche von rund 3 ha soll die Landwirtschaftsfläche in extensiv genutztes Grünland umgewandelt und darauf eine Photovoltaik-Freiflächenanlage errichtet werden.

Zur Kompensation werden bei Eingriffen auf noch unbebauten Flächen flächenhaft standortheimische Laubgehölze angepflanzt.

Bei Umsetzung der vorgenannten Kompensationsmaßnahme und der artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie aufgrund der Anlage einer extensiv genutzten Grünlandfläche im Bereich der PV-Freiflächenanlage kann das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände vermieden werden. Negative Auswirkungen auf die Tierwelt sind dann nur in geringem Umfang zu erwarten.

Das Landschaftsbild erfährt durch die Umsetzung der Planung in den noch unbebauten Teilbereichen des Plangebietes eine grundlegende Neugestaltung. Der bisherige teilweise landschaftliche Charakter der unbebauten Flächen geht verloren und verändert sich hin zu einem gewerblich geprägten Siedlungsbereich. Mit der Anlage von Gehölzflächen mit standortheimischen Laubgehölzen ist eine Durchgrünung des Gebietes verbunden.

Bei einer Nichtdurchführung der Planung ist damit zu rechnen, dass das Gebiet in der bisherigen Form und mit den bisherigen Nutzungen erhalten bliebe. Allerdings können auch ohne Änderung des F-Plans und ohne Aufstellung des B-Plans Nr. 1 bestimmte bauliche Anlagen in denjenigen Bereichen realisiert werden, die vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte baurechtlich als Innenbereich eingestuft werden. Für die übrigen unbebauten Flächen bestehen keine Möglichkeiten einer Bebauung in der geplanten Form.

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen von Schutzgütern, z. B. des Bodens und des Grundwassers, enthält der Umweltbericht verschiedene Maßnahmen, die bei der Umsetzung der Planung durchzuführen sind. Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sind auch für die möglicherweise betroffenen Tierarten vorgesehen.

Zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft ist die Anlage von Laubgehölzbeständen aus standortheimischen Sträuchern auf unbebauten Flächen des Plangebietes vorgesehen. Der B-Plan Nr. 1 enthält genauere Angaben dazu, wie die Kompensationsmaßnahmen konkret umzusetzen sind.

Das Plangebiet ist aufgrund seiner Lage am südöstlichen Stadtrand und aufgrund seiner bisherigen Ausprägung prädestiniert für die vorgesehenen Nutzungen. Mit Ausnahme der PV-Freiflächenanlage wurde es bereits in den 1990er Jahren in dieser Form als B-Plan konzipiert und in großen Teilen entsprechend umgesetzt.

Der Umweltbericht enthält Angaben zu den wichtigsten Merkmalen der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung und geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt. Als Überwachungsmaßnahme könnte z. B. eine jährliche Begehung und Begutachtung der Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen durch die Stadt Malchin und die Untere Natur-schutzbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte vorgesehen werden.

15 Quellenverzeichnis

Literatur

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (Hrsg.) (2009): Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von PV-Freiflächenanlagen – Endbericht.

LUNG - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (1999): Hinweise zur Eingriffsregelung – Güstrow.

LUNG - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (2011): Gutachtlicher Landschaftsrahmenplan Mecklenburgische Seenplatte, 1. Fortschreibung, Juni 2011 – Güstrow.

MINISTERIUM FÜR ARBEIT, BAU UND LANDESENTWICKLUNG M-V (2016): Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern – Schwerin.

RPV - Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (2011): Regionales Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte in der Bekanntmachung vom 15.06.2011 – Neubrandenburg.

STAATLICHES AMT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT MITTLERES MECKLENBURG (Hrsg.) (2014): Managementplan für das FFH-Gebiet DE 2341-302 Malchiner See und Umgebung – Rostock.

STADT MALCHIN (2017): Landschaftsplan Malchin (Stand: 17.05.2017) – Unveröffentlicht, Malchin.

STADT MALCHIN (2017): Flächennutzungsplan der Stadt Malchin (Stand: 2017) – Unveröffentlicht, Malchin.

Internetquellen

Kartenportal Umwelt Mecklenburg-Vorpommern des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V, verschiedene Daten von 2019 und 2020 – Güstrow.

GAIA-MV, Geodatenportal des Landesamtes für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen, verschiedene Daten von 2019 und 2020 – Schwerin.

Abwägungsprotokoll

zu den Stellungnahmen und Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

(ausgelegte Unterlagen: Vorentwurf 1. Änderung Flächennutzungsplan Malchin, Planzeichnung und Begründung, vom 13.03.2020)

Nr.	Verfasser/in, Datum und Inhalt der Stellungnahme	Abwägung und Sachaufklärung
	Bundes- und Landesbehörden	
1	<p>Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburg. Seenplatte (19.05.2020)</p> <p>„Die Prüfung der Unterlagen hat Folgendes ergeben:</p> <p>Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Anlass für die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Malchin ist der Bebauungsplan Nr. 1 „Mühlenfeld“.</p> <p>Mit der landesplanerischen Stellungnahme vom 19.05.2020 wurde eine Vereinbarkeit des Bebauungsplans Nr. 1 mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung festgestellt.</p> <p>Es ist festzustellen, dass der Bebauungsplan Nr. 1 mit dem Änderungsbereich des Flächennutzungsplans seine Berücksichtigung findet.</p> <p>Die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Malchin entspricht den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.
2	<p>Bergamt Stralsund</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
3	<p>Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V, Zentrale</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
4	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUSBW) (16.04.2020)</p> <p>„Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

5	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
6	BVVG Bodenverwertungs- und –verwaltungs GmbH Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
7	Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
8	Landesamt für innere Verwaltung M-V Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen (16.04.2020) „In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beachten Sie dennoch für weitere Planungen und Vorhaben die Informationen im Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte (Anlage). Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schützen.“	Der Landkreis als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörde wurde beteiligt.
9	Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
10	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (12.05.2020) „Das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V gibt zu den eingereichten Unterlagen vom 16.04.2020 keine Stellungnahme ab.“	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.
11	Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V, Abteilung Munitionsbergungsdienst Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
12	Landesforst M-V, Forstamt Stavenhagen (07.05.2020) „Im Auftrag des Vorstandes der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern nehme ich als zuständige Verwaltungseinheit für den Geltungsbereich des Landeswaldgesetzes M-V (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl.	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.

	<p>M-V 2011, S. 870), letzte berücksichtigte Änderung: § 3 geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 219) wie folgt Stellung:</p> <p>Von Seiten der Forstbehörde wird der 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Malchin zugestimmt.</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Maßnahme ist kein Wald nach § 2 (LWaldG M-V) betroffen. Belange des Landeswaldgesetzes werden somit nicht berührt.“</p>	
<p>13</p>	<p>Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenb. Seenplatte (12.05.2020)</p> <p>1. Landwirtschaft und EU-Förderangelegenheiten</p> <p>„Mit dem o.g. Vorhaben wird der Feldblock DEMVLI074DC10114 (Dauergrünland) und der überwiegende Teil des Feldblockes DEMVLI074DC10116 (Dauergrünland) überplant. Im Geoportal des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte sind für diese beiden Feldblöcke keine Bodenzahlen hinterlegt.</p> <p>Es erscheint sinnvoll, den/ die Bewirtschafter der überplanten landwirtschaftlichen Flächen frühzeitig an der Änderung des F-Plans zu beteiligen.</p> <p>Der Entzug bzw. die zeitweilige Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen sollte auf den absolut notwendigen Umfang beschränkt und die Erreichbarkeit der anliegenden landwirtschaftlichen Flächen mit landwirtschaftlicher Technik sichergestellt werden.</p> <p>Die Funktionstüchtigkeit eventuell vorhandener Dränagesysteme muss für die dann verbleibenden landwirtschaftlichen Flächen gewährleistet bleiben. Sollten bei Erdarbeiten Dränagen oder andere Entwässerungsleitungen angetroffen bzw. beschädigt werden, ist der zuständige Wasser- und Bodenverband zu informieren.</p> <p>Hinweis: Im Geoportal des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte ist im Planungsgebiet ein gesetzlich geschütztes Biotop (Name: Stehendes Kleingewässer einschl. der Ufervegetation; GIS-Code 0407-43165054) aufgeführt, sodass eine Beteiligung der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises MSE sinnvoll erscheint.</p> <p>2. Integrierte ländliche Entwicklung</p> <p>Zum o. g. Vorhaben gibt es aus Sicht der Abteilung Integrierte ländliche Entwicklung keine Bedenken oder Hinweise.</p>	<p>Die Information wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises MSE wurde beteiligt.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.</p>

	<p>3. Naturschutz, Wasser und Boden</p> <p>Das Vorhaben berührt weder ein der Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU MS) unterliegendes Gewässer, noch liegt es innerhalb eines GGB- oder Vogelschutzgebietes. Im Bereich des geplanten Vorhabens erfolgt gegenwärtig auch keine Planung oder Durchführung einer Altlastensanierung durch das StALU MS. Belange der Abteilung Naturschutz, Wasser und Boden sind deshalb nicht betroffen. Ob ein Altlastenverdacht besteht, ist über das Altlastenkataster beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu erfragen.</p> <p>4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft</p> <p>Nach Prüfung der zur Beurteilung vorgelegten Unterlagen bestehen aus immissionschutz- und abfallrechtlicher Sicht keine Einwände.</p>	<p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.</p>
14	<p>Straßenbauamt Neustrelitz (06.05.2020)</p> <p>„Die Unterlagen zum Entwurf des o.g. B-Planes und der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes habe ich bezüglich der vom Straßenbauamt Neustrelitz zu vertretenden Belange geprüft.</p> <p>Der Geltungsbereich des B-Plans liegt nicht direkt an der B 104, so dass die Zuständigkeit des Straßenbauamtes Neustrelitz nicht berührt wird. Grundlage für die 1. Änderung des F-Plans bildet der vg. B-Plan der Stadt Malchin.</p> <p>Die verkehrliche Erschließung erfolgt über gemeindliche Straßen.</p> <p>Seitens der Straßenbauverwaltung bestehen gegen den vorgelegten B-Plan Nr. 1 und der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin mit dem Stand 11.03.2020 bzw. 13.03.2020 keine Bedenken.“</p>	<p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.</p>
15	<p>Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund (21.04.2020)</p> <p>„Die übersandten Unterlagen wurden durch mich aus strom-und schifffahrtspolizeilicher Sicht geprüft. Belange der Wasserstraßen-und Schifffahrtsverwaltung des Bundes werden in den angezeigten Planungsbereichen nicht berührt. Seitens des WSA Stralsund gibt es keine weiteren Hinweise und Anmerkungen.“</p>	<p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.</p>
	<p>Kreisbehörde</p>	

<p>16</p>	<p>Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (02.06.2020)</p> <p>„Die Stadtvertretung der Stadt Malchin hat die Aufstellung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.</p> <p>Die Stadt Malchin führt hierzu als ersten Verfahrensschritt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durch. Diese frühzeitige Behördenbeteiligung dient vorrangig der Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (sog. Scoping). Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sollen die Gemeinde hierbei beraten.</p> <p>Zur Aufstellung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin wurde dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte der Vorentwurf mit Begründung (Stand: März 2020) zugesandt und um entsprechende Rückäußerung gebeten.</p> <p>Zu dem mir vorliegenden Entwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin, bestehend aus Planzeichnung und der Begründung, nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>I. Allgemeines</p> <p>1. Der Flächennutzungsplan der Stadt Malchin hat mit Ablauf des 02. Dezember 2017 Rechtswirksamkeit erlangt.</p> <p>Anlass für die vorliegende 1. Änderung des Flächennutzungsplanes sind aktuelle Entwicklungsziele im Bereich des Gewerbegebietes 'Mühlenfeld' am südöstlichen Ortsrand.</p> <p>Hierzu stellt die Stadt parallel zur 1. Flächennutzungsplanänderung die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 „Mühlenfeld“ auf, um dafür planungsrechtliche Voraussetzungen zu schaffen.</p> <p>Da der rechtswirksame Flächennutzungsplan für dieses Plangebiet überwiegend Industriegebiete (GI) konkret festsetzt, sollen einige dieser Flächen in Gewerbegebiete (GE) und in ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung 'Photovoltaik-Freiflächenanlage' geändert werden. Dem folge ich vom Grundsatz her.</p> <p>2. Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB).</p> <p>Eine aktuelle landesplanerische Stellungnahme vom 19. Mai 2020 liegt mir vor. Danach</p>	<p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p> <p>Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.</p>
-----------	--	---

entspricht der o. g. Bebauungsplan den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.

3. Unter Berücksichtigung der Anmerkungen und Hinweise meiner Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 1 „Mühlenfeld“ der Stadt Malchin gibt es zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin keine weiteren Anregungen oder Hinweise.

II. Sonstige Hinweise

Weiterhin möchte ich bereits zum vorliegenden Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin folgende Hinweise für die Weiterentwicklung bzw. zum durchzuführenden Verfahren geben:

Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB sind in der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung einschließlich aller Anlagen (z. B. Grünordnungspläne, Gutachten) und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Wesentliche Stellungnahmen sind u. a. die der Behörden und anerkannten Naturschutzverbände.

Ort und Dauer der öffentlichen Bekanntmachung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Im Rahmen der Bekanntmachung ist weiterhin anzugeben, welche Arten umweltbezogener Informationen ausgelegt werden.

Dies erfordert eine schlagwortartige Zusammenfassung und Charakterisierung derjenigen Umweltinformationen, die u. a. in den verfügbaren Stellungnahmen behandelt werden. Die Informationen sollen der Öffentlichkeit eine erste inhaltliche Einschätzung darüber ermöglichen, ob die Planung weitere, von den verfügbaren Stellungnahmen nicht abgedeckte Umweltbelange berührt, denen sie durch eigene Stellungnahmen Gehör verschaffen will. Eine bloße Auflistung der verfügbaren Stellungnahmen einzelner Träger öffentlicher Belange ohne inhaltliche Charakterisierung verfehlt diese Anstoßwirkung.

Sofern zum Zeitpunkt der Bekanntmachung noch keine wesentlichen umweltrelevanten Stellungnahmen oder andere Informationen vorliegen, ist dazu ebenfalls eine entsprechende Aussage zu treffen

Es ist zwar unbeachtlich, wenn im Auslegungsverfahren bei der gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgeschriebenen Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen ver-

Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.

	füßbar sind, einzelne Angaben gefehlt haben. Das schlichte Unterlassen dieser Angaben bleibt jedoch ein beachtlicher Fehler gemäß § 214 BauGB.	
	Versorgungsunternehmen	
17	<p>50Hertz Transmission GmbH (16.04.2020)</p> <p>„Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.
18	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH Technische Infrastruktur NL Ost</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
19	<p>E.DIS AG, Regionalbereich Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
20	<p>GASCADE Gastransport GmbH (24.04.2020)</p> <p>„Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WIN-GAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein. [...]</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.
21	<p>GDMcom mbH (20.04.2020)</p> <p>„Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <p>Anlagenbetreiber</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erdgasspeicher Peissen GmbH: nicht betroffen - Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen): nicht betroffen 	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.

- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG: nicht betroffen *
- ONTRAS Gastransport GmbH: nicht betroffen
- VNG Gasspeicher GmbH: nicht betroffen

* GDMcom ist für die Auskunft zu Anlagen dieses Betreibers nicht oder nur zum Teil zuständig. Bitte beteiligen Sie den angegebenen Anlagenbetreiber. Nähere Informationen, Hinweise und Auflagen entnehmen Sie bitte den Anhängen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgeannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!“ [...]

ONTRAS Gastransport GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), VNG Gasspeicher GmbH, Erdgasspeicher Peissen GmbH:
Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:
Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG:
Bitte beachten Sie, dass GDMcom nur für einen Teil der Anlagen dieses Betreibers für Auskunft zuständig ist. Im angefragten Bereich befinden sich keine von uns verwalteten Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers, ggf. muss aber mit Anlagen des oben genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden. Sofern nicht bereits erfolgt, verweisen wir an dieser Stelle zur Einholung weiterer Auskünfte auf:
GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft Deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG über das Auskunftsportale BIL (<https://portal.bil-leitungsauskunft.de>)

Weitere Anlagenbetreiber
Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.“

22	HanseGas GmbH (24.04.2020) Im Plangebiet sind keine Versorgungsanlagen der HanseGas GmbH vorhanden.	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.
23	Vodafone GmbH/ Vodafone Kabel Deutschland GmbH Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
24	WasserZweckVerband Malchin Stavenhagen Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
Sonstige Träger öffentlicher Belange		
25	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
26	Deutsche Bahn AG, DB Immobilien – Region Ost Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
27	Handelsverband Nord e. V. Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
28	Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
29	IHK Neubrandenburg (19.05.2020) „Nach Prüfung der Unterlagen gibt es aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern zum vorliegenden Planungsstand keine Hinweise oder Anregungen.“	-----
30	Kirchenkreisverwaltung des Kirchenkreises Güstrow Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	-----
31	Landesanglerverband M-V e.V. (20.05.2020) „Satzungsgemäßes Ziel des Landesanglerverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. ist der Umwelt-, Natur- und Artenschutz mit besonderem Augenmerk auf die aquatischen Ökosysteme des Landes. Hinsichtlich des Schutzes aquatischer Ökosysteme	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/ Anregungen erforderlich.

	<p>bewerten wir den Einfluss der beantragten 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Malchin als gering und stimmen der Novellierung unter Einhaltung entsprechender Auflagen zu.</p> <p>Wir begrüßen ausdrücklich die umweltfachliche Bewertung im Rahmen der vorgelegten Entwürfe. Die Untersuchungen entsprechen offensichtlich den Vorgaben des Landes und bieten eine geeignete Entscheidungsgrundlage. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Konfliktvermeidung und Kompensation sollten Bestandteil der entsprechenden Auflagen sein.</p>	<p>Die Maßnahmen zur Konfliktvermeidung und die Kompensationsmaßnahmen werden im B-Plan Nr. 1, dessen Plangebiet mit dem Gebiet der 1. Änderung des F-Plans zum großen Teil übereinstimmt, verbindlich festgeschrieben. Im Flächennutzungsplan ist eine rechtsverbindliche Festsetzung nicht möglich.</p>
32	<p>Landesjagdverband M-V e. V.</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
33	<p>Naturschutzbund Deutschland, Landesverband M-V e. V.</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
34	<p>Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband M-V e. V.</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
35	<p>Wasser- und Bodenverband „Obere Peene“</p> <p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	-----
Nachbargemeinden		
36	<p>Reuterstadt Stavenhagen, Der Bürgermeister (07.05.2020)</p> <p>„Die Reuterstadt Stavenhagen erhebt keine Bedenken und Anregungen zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Malchin und wünscht bei der Umsetzung in die Praxis viel Erfolg.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.
37	<p>Stadt Teterow, Der Bürgermeister (20.04.2020)</p> <p>„Nach Einsicht in die übermittelten Entwurfsunterlagen zur o. g. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Planungsstand 13.03.2020 teile ich Ihnen mit, dass meinerseits keine Einwände vorgebracht werden. Belange, die die Stadt Teterow zu vertreten hat, bleiben von der Planung unberührt.“</p>	Keine Abwägung und keine Einarbeitung von Hinweisen/Anregungen erforderlich.